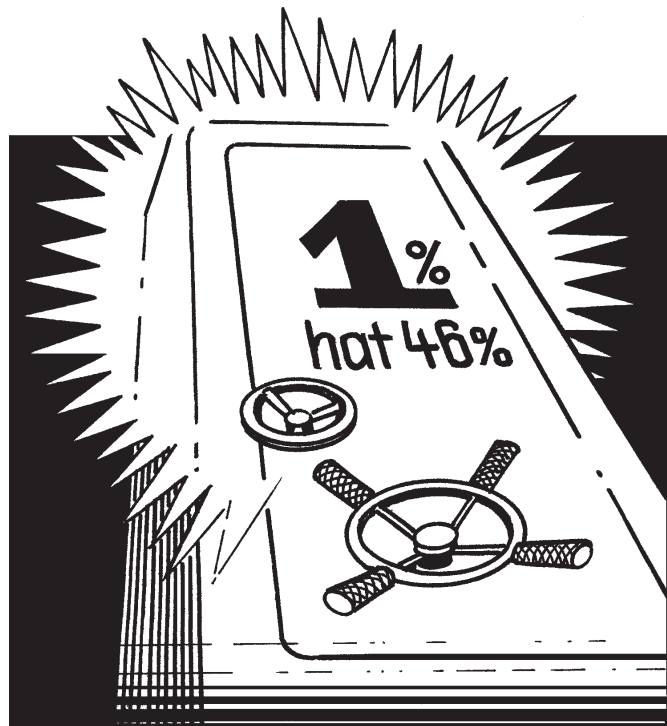


Fred Schmid

DIE HERREN DES GELDES

REICHTUM UND MACHT DES 1%



Schutzgebühr: 2,50 Euro

ISW

SPEZIAL-NR.26

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Impressum

isw-spezial 26, März 2012

Publikationsreihe isw-spezial: ISSN 1614-9270

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Autor: Fred Schmid

Redaktion: Fred Schmid, Conrad Schuhler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout und Grafiken: Monika Ziehaus

Titelblattkarikatur: Bernd Bücking

Schutzgebühr: 2,50 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100 % Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
1. Globale Vermögensentwicklung	3
Gesamtvermögen	3
Geldvermögen	4
Regionale Verteilung der Vermögen	6
2. Deutschland: Eine Million Millionäre	6
3. Schuldenkrise – Kehrseite des übermäßigen Aufbaus der Vermögen	9
4. "Geld regiert die Welt": Die Verbankerung der Politik	11
Die Macht der Institutionellen Anleger	11
Deutschlands größter Aktionär – ein Amerikaner	12
Dax-Aktien: Mehr als die Hälfte in Auslandsbesitz	13
5. Das Netzwerk der Konzernmacht: 147 Konzerne regieren die Welt	15
6. Refeudalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft	16
Anhang: Krise der Verteilung	
Woher kommen die Vermögen, woher die Schulden:	
Die 3-fache Umverteilung von unten nach oben	17
Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital	19
Fiskalpolitische Verteilungsrunde über die Steuern	20
Umverteilung über Zinsen und Finanzmärkte	21
Literaturverzeichnis	23

Editorial

Die Occupy-Bewegung hat in der zweiten Jahreshälfte 2011 der Öffentlichkeit in den westlichen Industrieländern ins Stammbuch gehämmert, dass den "Herren des Geldes" die 99 % der Bevölkerung entgegenstehen, die ohne Vermögen, ohne Reichtümer da stehen und Jahr für Jahr weniger erhalten. Die nachdrücklich angekündigt haben, dass sie diese Aufspaltung in immer größeren Reichtum einerseits und immer mehr Armut andererseits nicht länger hinnehmen wollen. Die laut und vernehmlich die Klassenfrage stellen: Wie lange noch kann sich eine skrupellose Bande von Millionären und Milliarden die Reichtümer der Welt aneignen und die große Mehrheit der Menschheit zu einem immer kümmerlicheren Los verurteilen?

Das vorliegende isw-Spezial belegt, dass die Zahlen 99 % gegen 1 % tatsächlich die Reichtumsverteilung auf der Welt und die in Deutschland aufschlüsselt. In Deutschland besitzen die eine Million (Dollar-) Millionäre so viel an Geldvermögen wie die übrigen über 81 Millionen Deutschen. Weltweit haben sich die globalen 12,5 Millionen Millionärshaushalte 39 % des globalen Reichtums angeeignet. Und der Reichtum an der Spitze nimmt immer schneller und heftiger zu. 2010, ein gutes Jahr nach dem von der Investmentbank Lehman Brothers ausgelösten Finanzschock, stiegen die Millionärsvermögen um 13,9 %. Die reale Wirtschaft stagniert, die Staaten versinken im Schuldensumpf, aber die Vermögen der Millionäre und Milliardenäre blühen in zweistelligen Prozentzahlen.

Diese Entwicklungen gehören zusammen. Die reale Wirtschaft stagniert, weil die Gelder in die Vermögensverwaltung der Reichen fließen und dort in Finanzprodukten angelegt werden, längst nur zum kleinsten Teil in realen Investitionen. Und die Staatsschulden sind die Kehrseite der großen Vermögen – Schulden und Vermögen sind immer zwei Seiten der selben Medaille, und in unseren Jahren gehört die Misere der öffentlichen Finanzen – Stichwort "Staatsanleihen" – und die Blüte des Millionärsreichtums zusammen. Die Frage wird sein, wie der öffentliche Sektor die zur Verteidigung des Finanzsektors angebotenen Milliarden und Billionen Euro und Dollar in der Zukunft finanzieren kann. Die künftige Verzinsung ist den "Herren des Geldes" schon garantiert.

Die isw-Studie argumentiert, dass die Schuldenkrise nur lösbar ist, wenn die Vermögen reduziert werden. Statt die öffentlichen Tätigkeiten zu reduzieren oder gänzlich den Staatsbankrott auszurufen oder aber durch permanente Zentralbankkredite die Schulden "wegzuinflationieren", müssen die Steuereinnahmen erhöht werden, und zwar vor allem durch eine drastische Besteuerung der hohen Vermögen.

Ist das durchsetzbar? Eine Analyse der ETH Zürich führte jüngst zu dem Ergebnis, dass 147 Konzerne den größten Teil der Weltwirtschaft regieren, und dass unter den ersten 50 dieser Konzerne 49 aus dem Finanzsektor kommen. Jeder finanz- und steuerpolitische Fortschritt muss gegen deren ebenso erbitterten wie kompakten Widerstand durchgesetzt werden. Wir brauchen dringend Argumente für die geld- und finanzpolitische Diskussion, die wir hiermit vorlegen. Wir brauchen aber gerade so die Entwicklung sozialer und demokratischer Potentiale, die direkt in die politische Auseinandersetzung eingreifen können. Es wird ein Kampf der Argumente – und vor allem ein Aufbieten an politischer Kraft.

"Wir sind die 99 %", skandiert die Occupy-Bewegung bei ihren Aktionen, ausdrückend, dass fast die gesamte Bevölkerung unter dem Diktat und der Geldhoheit einer winzigen Minderheit steht. Wer aber sind die 1 %, wie weit reicht ihre Geldmacht?

Antwort darauf geben die immer zahlreicher erscheinenden Reichtumsberichte von Investmentbanken, professionellen Vermögensverwaltern und Unternehmensberatungen. Für die vorliegende Analyse wurden folgende Studien herangezogen: Credit Suisse, Global Wealth Report 2011; Allianz Versicherung: Global Wealth Report 2011; Capgemini/Merrill Lynch: World Wealth Report 2011; Boston Consulting Group: Shaping a New Tomorrow – Global Wealth 2011; Valluga: D.A.CH-Vermögensreport 2011; die Liechtensteiner Investmentgesellschaft Valluga beschränkt sich auf die Untersuchung der Vermögensverhältnisse im deutschsprachigen Raum: Deutschland, Österreich, Schweiz (D = Deutschland; A = Austria; CH steht für Schweiz).

In die Untersuchung mit einbezogen wurde auch die Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich über die gegenseitige Verflechtung der Transnationalen Konzerne – allen voran der Finanzkonzerne – und der daraus resultierenden Konzernmacht: S.Vitali, J. Glattfelder, S. Battiston: The network of of global corporate control.

Im Vordergrund der Reichtums-Recherchen der angeführten Institutionen steht die Entwicklung des privaten Geldvermögens. Lediglich Credit Suisse und Valluga machen Angaben zu den Dimensionen des privaten Gesamtvermögens. Das private Gesamtvermögen besteht aus Geldvermögen + Immobilien + hochwertigem Gebrauchsvermögen.

Das **private Geldvermögen** setzt sich zusammen aus Bargeld, Sichteinlagen, Spareinlagen, Termingeldern, Wertpapieren, Investmentzertifikaten, Aktien, Bausparanlagen, Anlagen bei Versicherungen und Fonds.

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich im wesentlichen auf das private Geldvermögen.

Tendenz-Aussagen

Obwohl die einzelnen Reichtumsberichte teilweise unterschiedliche Schwerpunkte verfolgen und in einigen Punkten, Aussagen und Ergebnissen leicht differieren, sind die Tendenzen in allen Analysen gleichlaufend:

- Es hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein ungeheurer Reichtums-Anstieg stattgefunden. Das private Geldvermögen wuchs weit schneller als das BIP. Dabei wuchs das Vermögen der Geldmillionäre weit überdurchschnittlich.

- Die Konzentration des Geldvermögens auf wenige hat sich verstärkt, die Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Habenichtsen ist abgrundtief geworden. Das gilt vor allem für die Millionärs- und Multimillionärs-Vermögen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung. Das gilt aber auch im Verhältnis der Industrieländer zum Rest der Welt.

- Der leichte Einbruch der Geldvermögen der Wohlhabenden zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 ist binnen zwei Jahren mehr als ausgeglichen worden. Bereits Ende 2010 lagen die Vermögen des Geldadels – trotz anhaltender Finanz- und Schuldenkrise – wieder deutlich über dem Vorkrisen-Höchststand. Diese Tendenz hat sich 2011 fortgesetzt.

"Als ich klein war, glaubte ich, Geld sei das wichtigste im Leben. Heute, da ich alt bin, weiß ich: Es stimmt."

Oscar Wilde

1. Globale Vermögensentwicklung

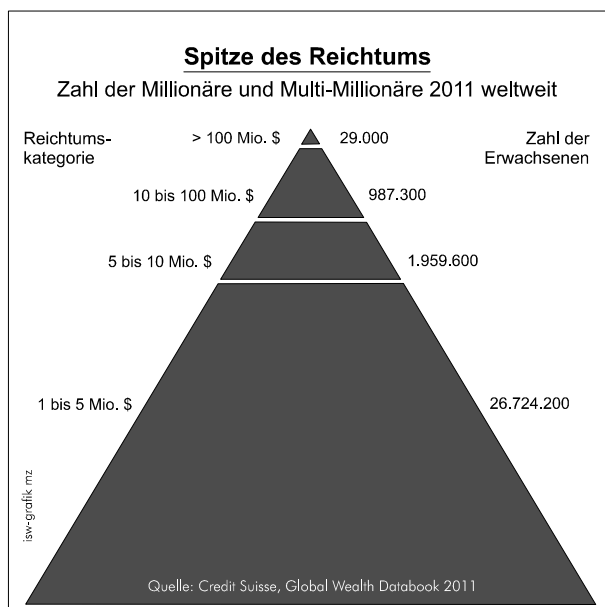
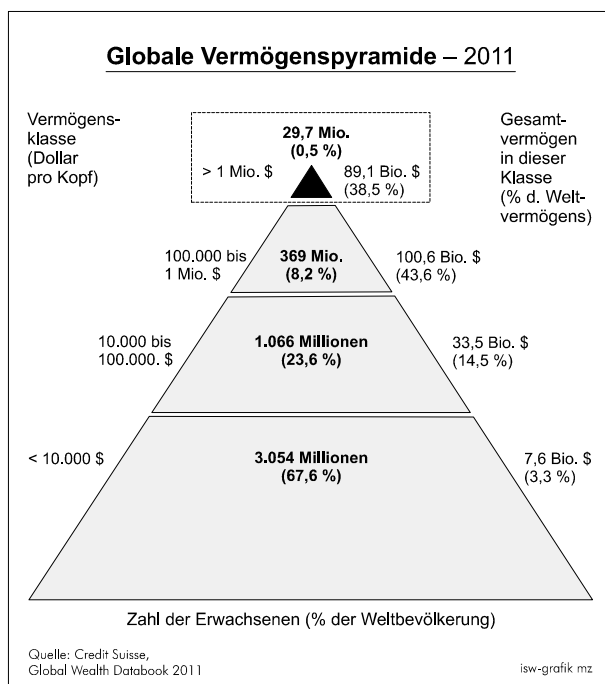
Gesamtvermögen

Wie bereits erwähnt, macht Credit Suisse Angaben zum privaten Gesamtvermögen in der Welt. Nach Credit Suisse ist "das Haushalts-Nettovermögen (Gesamtvermögen abzüglich Schulden) definiert als der Wert der finanziellen Vermögenswerte plus die realen Vermögenswerte (hauptsächlich Immobilien) im Besitz von Einzelpersonen abzüglich ihrer Schulden" (Credit Suisse, S. 8). Betriebsvermögen ist dabei nur in Form der Anteile an Aktiengesellschaften (Aktien) und GmbHs (Stammeinlagen) im Gesamtvermögen erfasst; nicht jedoch Besitz und Anteile an Personengesellschaften und Einzelfirmen. Nach Credit Suisse betrug das weltweite Gesamtvermögen Mitte 2011 231 Billionen (231.000 Mrd.) Dollar; gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 19 Prozent (2010: 195 Billionen Dollar; S. 3). Pro erwachsenem Erdenbürger ergibt das im Durchschnitt ein Vermögen von 51.000 Dollar (S. 6). Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich dieses Vermögen mehr als verdoppelt: damals 113 Billionen Dollar.

Der Durchschnitt sagt nichts über die Verteilung des Vermögens aus. Die Angaben und Berechnungen dazu sind frappierend: Die untere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt weniger als ein Prozent des globalen Vermögens; auch die unteren zwei Drittel besit-

zen praktisch nichts: 3,3 % des Welt-Gesamtvermögens. Dagegen besitzen die reichsten zehn Prozent (genauer: 8,7 %) der Menschheit 84 % des globalen Privatvermögens (Credit Suisse, S. 14).

Und das Top-0,5 % der Weltbevölkerung – Vermögens-Millionäre und Multi-Millionäre – nennt 38,5 % des globalen Gesamtvermögens sein Eigen. An Hand einer Lorenzkurve lässt sich berechnen, dass das reichste 1 % der Weltbevölkerung ca. 45 % des Weltvermögens besitzt (Credit Suisse, S. 13f). Nach Schätzungen von Credit Suisse sind darunter 85.000 Personen mit mehr als 50 Millionen Dollar Vermögen und 29.000 mit mehr als 100 Millionen.



Geldvermögen

Nach Angaben der internationalen Management-Beratungsfirma Boston Consulting Group (BCG) kletterte das globale Geldkapital 2010 um 8,0 Prozent auf 121,8 Billionen Dollar (BCG, S. 8). Es betrug damit um genau 10 Billionen Dollar mehr als 2007, dem höchsten Vorkrisenstand. Und 27 % mehr als fünf Jahre davor (2005) – trotz Finanzkrise. (Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Allianz Global Wealth Report 2011: Danach betrug das globale Geldvermögen 2010 95,3 Billionen Euro. Es lag 3,3 % über dem Ende 2007 erreichten Höchststand von 92,2 Billionen Euro; Allianz, S.14). Nach der Prognose von BCG wird der private Geldschatz bis 2015 noch einmal um ein Drittel (32,9 %) zunehmen und dann 161,9 Billionen Dollar betragen.

"Die überwältigende Mehrheit des globalen Reichtums – 87 % – war im Besitz von Haushalten mit mehr 100.000 Dollar Assets under Management", heißt es im BCG-Report weiter (BCG, S. 7).

Noch stärker konzentriert sich der Reichtum auf die Millionärshaushalte. **Die 12,5 Millionen Millionärshaushalte weltweit, die gerade mal 0,9 % aller Haushalte ausmachen, haben sich inzwischen 39 % des globalen Geld-Reichtums angeeignet: 47,5 Billionen Dollar.**

Jeder dieser Millionärshaushalte verfügt im Durchschnitt über 3,7 Millionen Dollar. Die Millionärsvermögen waren gegenüber dem Vorjahr (2009) um fast 14 % (13,9 %) gestiegen.

"Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Das Geld ist eben da bzw. nicht da – meist nicht da."

Kurt Tucholsky

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die BCG kommen Capgemini/Merrill Lynch, die ihren jährlichen World Wealth Report (WWR) bereits seit über zehn Jahren vorlegen. Sie untersuchen nicht den Reichtum der Haushalte, sondern der Individuen, und zwar der Erwachsenen: der **High Net Worth Individuals (HNWIs)**. Die HNWIs sind (erwachsene) Personen, die über ein Finanzvermögen (ohne selbstgenutzte Immobilien) von mindestens einer Million Dollar verfügen.

Von diesen HNWI gibt es weltweit 10,9 Millionen mit einem gesamten Geldvermögen von 42,7 Billionen Dollar im Jahr 2010: + 9,7 % gegenüber dem Vorjahr (2009). Die Summe der Millionärsvermögen lag 2010 um genau 2 Billionen Dollar (5 %) über dem Vorkrisenjahr 2007 (Capgemini 2011, S. 4f). Die Krise schlug sich bei den Öffentlichen Haushalten und dem Portemonnaie von Otto Normalbürger nieder, nicht bei der Geldaristokratie. Vor einem Dutzend Jahren war der globale Geldadel erst halb so reich wie 2010. Das Geldvermögen der Dollar-Millionäre hat sich in diesem Zeitraum glatt verdoppelt: Von 21,6 Billionen Dollar im Jahr 1998 auf 42,7 Billionen in 2010 (Capgemini 2001 und 2011).

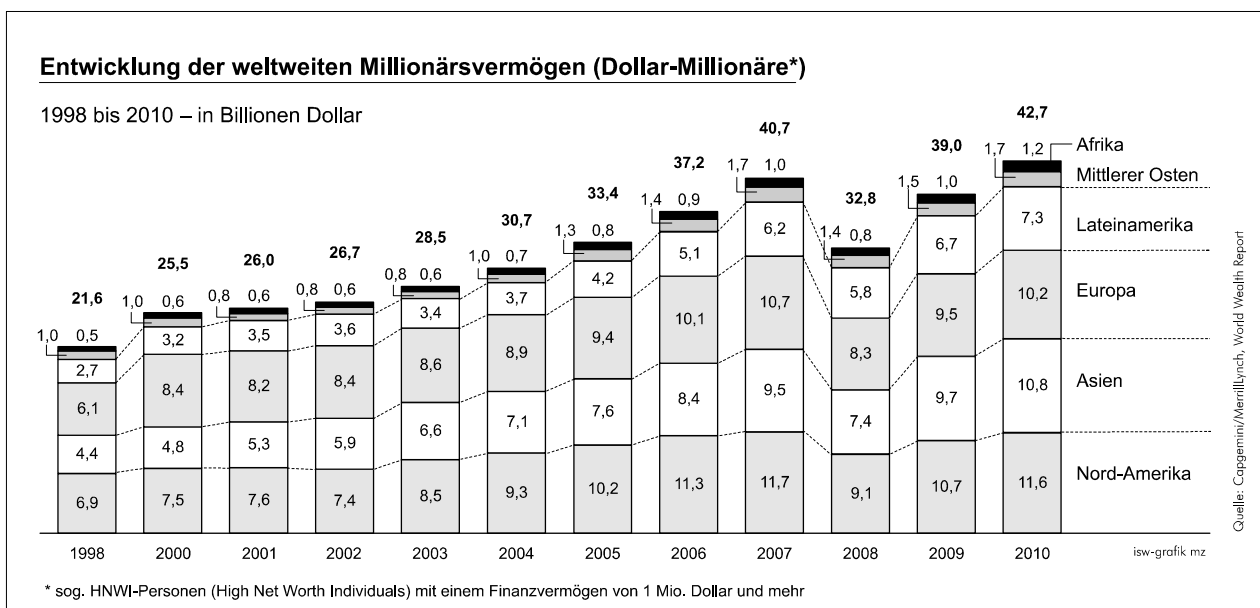
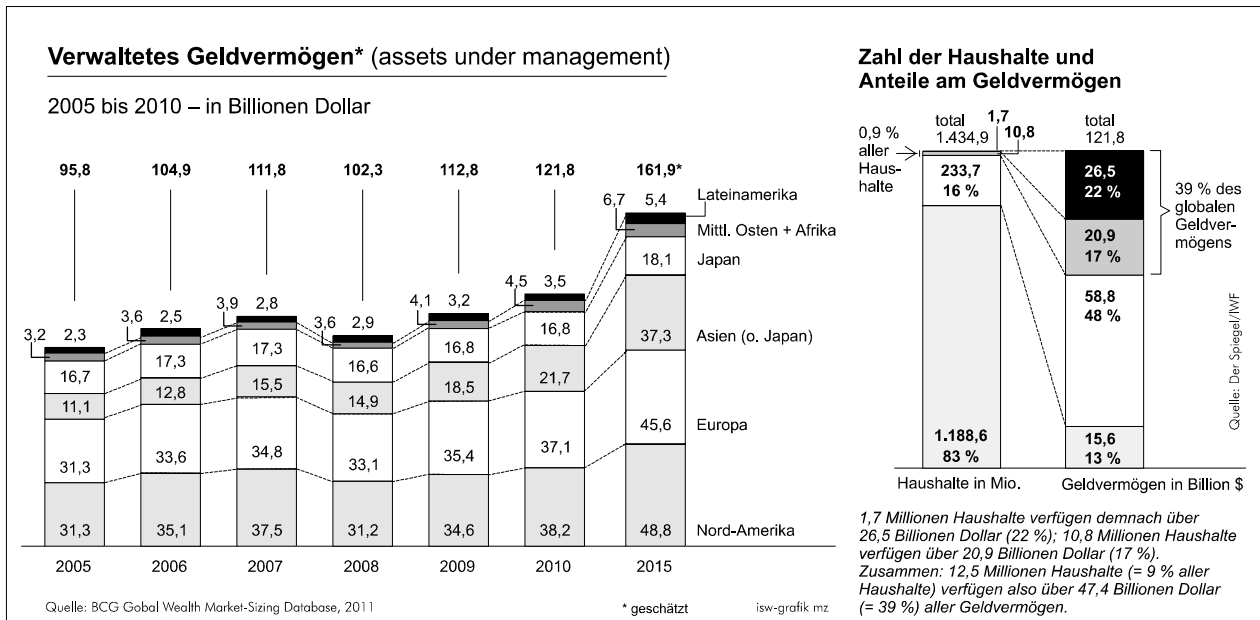
Daneben unterscheiden Capgemini/Merrill Lynch noch die Population der **Ultra-HNWIs**, das sind Menschen mit einem Geldvermögen von 30 Millionen Dollar und mehr. Deren Vermögen stieg 2010 um 11,5 %. Sie machten 0,9 % der weltweiten HNWI-Population aus – also knapp Hunderttausend (98.000), verfügen jedoch über 36,1 % des gesamten HNWI-Vermögens: also 15,4 Billionen Dollar.

Im Durchschnitt und pro Kopf entfallen auf die HNWI-Personen 3,9 Millionen Dollar an Geldvermögen. Bei den Ultra-HNWIs sind es pro Kopf im Durchschnitt 157 Millionen Dollar. Ende 2010 hielten die HNWIs 33 % ihres Vermögens in Aktien (2009: 29 %). Die Barmittel fielen 2010 auf 14 % (2009: 17 %), und der Anteil der festverzinslichen Anlagen sank von 31 auf 29 %. Im Bereich der "alternativen Investitionen" setzten viele HNWIs 2010 auf Rohstoffe/Nahrungs-

Anlagestruktur der HNWI- (= Millionärs) Vermögen						
	2006	2007	2008	2009	2010	2012*
Alternative Investments ¹	10 %	9 %	7 %	6 %	5 %	8 %
Bargeld/Guthaben	14 %	17 %	21 %	17 %	14 %	11 %
Immobilien ²	24 %	14 %	18 %	18 %	19 %	15 %
Festverzinsl. Anlagen	21 %	27 %	29 %	31 %	29 %	29 %
Aktien	31 %	33 %	25 %	29 %	33 %	38 %

1) Beinhaltet: Strukturierte Finanzprodukte, Hedge Fonds, Derivate, Devisen, Rohstoffe, Private Equity Fonds, Wagniskapital. 2) u.a.: Kommerzielle Immobilien, REITS, Wohnimmobilien (ausschließl. selbstgenutzte), Agrarland
* geschätzt. Quelle: Capgemini/Merrill Lynch: Global Wealth-Report

mittel: Diese machen inzwischen 22 Prozent aller alternativen Investitionen aus; im Jahr davor 16 %. (ebenda, S. 17)



Regionale Verteilung der Vermögen

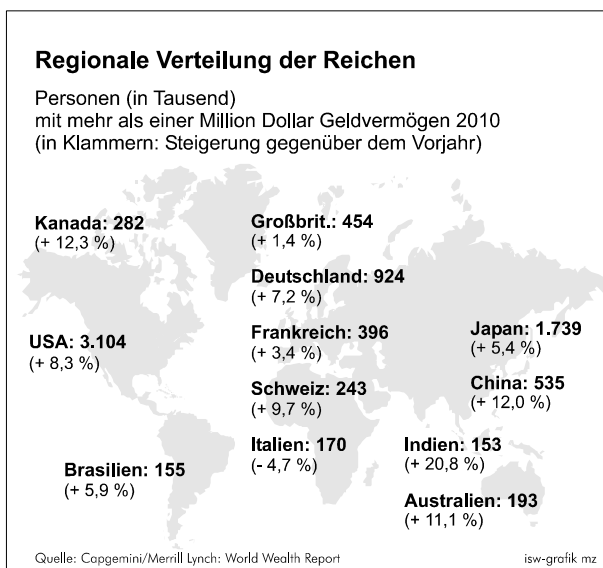
Das weltweite Pro-Kopf-Geldvermögen (pro Erwachsenen) betrug Ende 2010 20.150 Euro (ca. 27.000 Dollar) (Allianz, S. 9). Die Allianz teilt die untersuchten Länder in drei Vermögensklassen ein: High Wealth Countries (HWC) mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Vermögen von über 36.200 Euro, die Middle Wealth Countries (MWC) mit einem Pro-Kopf-Vermögen zwischen 6.000 und 36.200 und den Low Wealth Countries (LWC) mit unter 6.000 Euro. Das durchschnittliche Geldvermögen pro Kopf betrug 2010 in den HWC 90.077 Euro, in den MWC 10.544 und in den LWC 2.076 Euro (ebenda, S. 17). Die HWC-Kategorie besteht aus den OECD-Ländern plus Taiwan und Singapur. Zur LWC-Kategorie gehört die Hälfte der Menschheit: u.a. Argentinien, China, Indien, Indonesien, Kasachstan, Kolumbien, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei, Ukraine.

Globale Verteilung des Reichtums Geldvermögen pro Kopf nach Region in Euro				
Region	2007	2008	2009	2010
Nordamerika	117.223	96.280	102.719	108.822
Westeuropa	64.265	59.596	63.969	66.466
Osteuropa	2.739	2.871	3.214	3.612
Asien	7.132	6.785	7.327	7.688
Lateinamerika	4.229	4.419	5.277	6.014
Ozeanien	78.148	68.017	77.089	80.475

Quelle: HB/Allianz

Von den 231 Billionen Dollar Gesamtvermögen liegen 34 % in Europa, 28 % in Nordamerika und 11 % in Japan, also fast drei Viertel (73 %) in den kapitalistischen Zentren. Die Dollar-Vermögensmillionäre leben zu etwa 90 % in den Industrieländern (OECD-Staaten), zu 74 % in den G7-Staaten.

Ähnlich ist die Verteilung der Dollar-Geldmillionäre. 7,1 Millionen (65 %) der 10,9 Millionen Millionäre leben in den G7-Staaten. Deutschland belegt mit



924.000 Millionären nach den USA (3,1 Mio.) und Japan (1,7 Mio.) Platz drei der Geldrangliste. Auf Nordamerika entfielen 11,6 Billionen Dollar (27 %), auf Europa 10,2 Billionen Dollar (24 %) des Vermögens der HNWIs (Dollar-Millionäre).

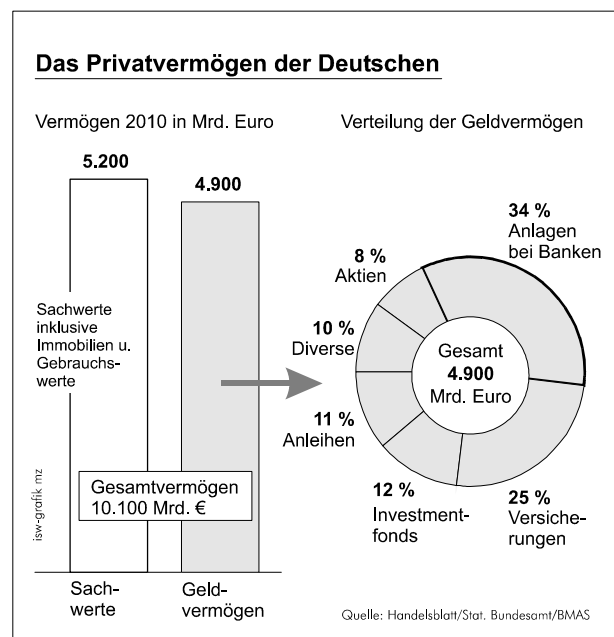
"Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen Gründe, doch können solche durch eine Notverordnung aufgehoben werden."

Über die ältere Nationalökonomie kann man ja nur lachen und dürfen wir selbe daher mit Stillschweigen übergehen. Sie regierte von 715 vor Christo bis zum Jahr 1 nach Marx. Seitdem ist die Frage völlig gelöst: die Leute haben zwar immer noch kein Geld, wissen aber wenigsten warum."

Kurt Tucholsky

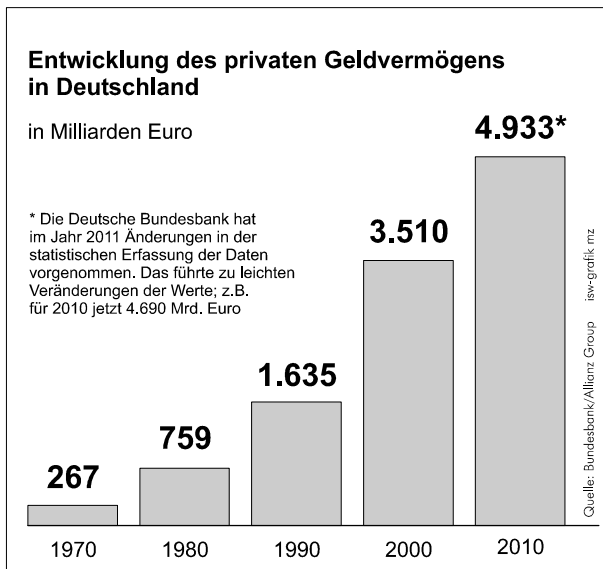
2. Deutschland: Eine Million Millionäre

Für Deutschland zählt der World Wealth Report (Capgemini) für das Jahr 2010 insgesamt 924 Tausend Dollar-Millionäre, 62 Tausend mehr (+ 7,2 %) als im Jahr davor. Hielt der Trend an, dann dürfte es Ende 2011, Anfang 2012 in Deutschland eine Million Dollar-Millionäre gegeben haben. 924.000, das sind 1,1 % der Gesamtbevölkerung. Damit hat Deutschland in Europa nach der Schweiz die höchste Millionärsdichte. Selbst in den USA ist sie mit 1,0 % etwas niedriger.

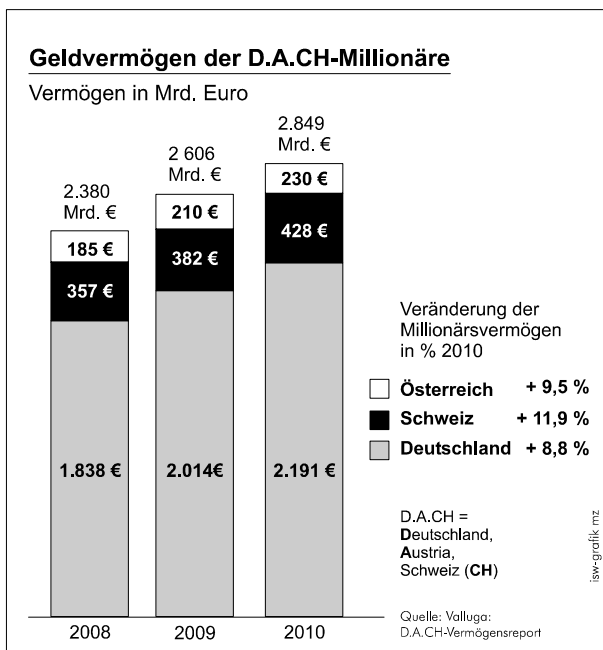


Nach Angaben der Deutschen Bundesbank betrug das gesamte Geldvermögen aller privaten Haushalte Ende 2010 fast fünf Billionen Euro: 4.930 Milliarden Euro. Gegenüber 1990 hatte es sich glatt verdreifacht.

Bei einem Euro-Dollar-Kurs von 1,35 Ende 2010 waren das in Dollar gerechnet 6,66 Billionen Dollar.



Nach Berechnungen von Capgemini/Merrill Lynch besaß jeder europäische HNWI im Durchschnitt 3,3 Millionen Dollar an Geldvermögen. Legt man diese Größe auch bei den 924.000 deutschen HNWIs zugrunde, dann machte ihr gesamtes Geldvermögen Ende 2010 3,04 Billionen Dollar aus. Bezogen auf das gesamte deutsche Geldvermögen macht das einen **Anteil von fast 46 % (45,6 %) aus**. Das bedeutet: **Die Geld-Dollar-Millionäre in Deutschland besitzen fast die Hälfte des gesamten Geldvermögens. Das 1 % (1,1 % der Gesamtbevölkerung; 1,4 % der Erwachsenen) hat fast soviel Geld wie die restlichen 99 % der Bevölkerung.**



Die Liechtensteiner Investmentgesellschaft Valluga untersucht speziell die Vermögensverhältnisse im deutschsprachigen Raum. In ihrem D.A.CH-Report 2011 stellt sie fest: Erstmals (2010) gibt es mehr als eine Million **Euro-Millionäre** in den Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz. Insgesamt 1,054 Millionen: 830.000 davon leben in Deutschland, 150.000 in der Schweiz und 74.000 in Österreich. Sie verfügen über ein gesamtes Geldvermögen von 2.849 Milliarden Euro, 190 Milliarden mehr (+ 7,1 %), als beim bisherigen Höchststand vor der Finanzkrise (2007). (vgl. Valluga, 10).

Vor allem 2010 sind die Vermögen nach dem kurzzeitigen Einbruch 2008 wieder stark angestiegen. "Gewaltige 177 Milliarden Euro (+ 8,8 %) beträgt der Vermögenszuwachs der deutschen Millionäre im Jahr 2010. Der mit Abstand reichste Millionärsclub Europas liegt somit ganz deutlich über der Zwei-Billionen-Marke (2.191 Milliarden Euro). Deutschlands Millionäre haben den Höchststand des Jahres 2007 (2.050 Milliarden Euro) damit ebenfalls weit hinter sich gelassen." (Valluga, 11).

Auch aus dem Valluga-Report wird deutlich, wie hoch die Konzentration den Reichtums auf die Millionärschicht in Deutschland inzwischen ist: **830.000 Euro-Millionäre, das sind 1 % der Bevölkerung, besitzen 44 % des gesamten Geldschatzes in Deutschland** (berechnet nach Valluga 9,10).

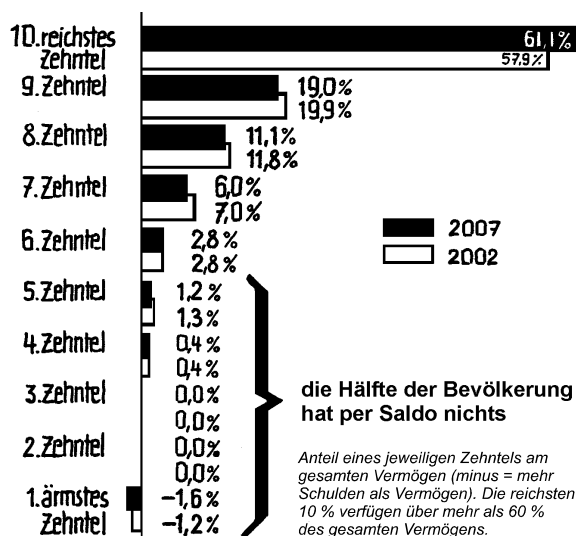
"Das Geld ist das höchste Gut, also ist sein Besitzer gut."
Karl Marx

Die Konzentration des Reichtums nahm im Jahr 2010 weiter zu, stellt Valluga fest (S. 15): "Die Reichen werden immer reicher". Was für viele nach einem simplen Vorurteil klingt, bestätigte sich auch im Jahr 2010 eindrucksvoll". Die reichsten 30 Personen der D.A.CH-Region verfügen über rund 260 Milliarden Euro (ebenda). Die zehn reichsten Deutschen besitzen zusammen 104,8 Milliarden. Nach den Recherchen von ManagerMagazin gab es 2010 in Deutschland 108 Vermögensmilliardäre, deren gesamtes Vermögen sich auf 307 Milliarden Euro addierte. Jeder dieser Megareichen besaß im Durchschnitt ein Vermögen von knapp drei Milliarden Euro. Dazu kommen noch 13 Milliardärs-Großfamilien, wie die Familien Brenninkmeyer, Henkel, Haniel, Heraeus, Porsche, Siemens usw. Sie brachten es zusammen auf weitere 71 Milliarden Euro (5,5 Milliarden im Durchschnitt pro Familie). Insgesamt gebieten die vom ManagerMagazin untersuchten 500 reichsten Deutschen plus die 13 Milliardärs-Familienclans über ein gesamtes Vermögen von über einer halben Billion Euro (550 Milliarden Euro); im Durchschnitt hatte also jeder gut eine Milliarde Euro an Vermögen (1000 Millionen). Im "Durchschnitt". Denn selbst unter den 513 Reichsten ist nochmals eine extreme Konzentration zu beobachten. Die ausgewiesenen 108 Milliardäre und Multi-

milliardäre plus 13 Familiendynastien (= 121) machen der Zahl nach knapp ein Viertel der 513 aus, sie nennen aber 70 Prozent der Supervermögen ihr Eigen. Dennoch muss auch der "Ärmste" der Reichen-Hitliste samt seinen Pferden nicht gerade am Hungertuch nagen: Der ehemalige Springreiter und heutige Pferdezüchter Paul Schockemöhle bringt es mit Platz 500 im Reichen-Ranking immer noch auf ein Vermögen von 150 Millionen Euro (managermagazin, 11A/ 2011). Der deutsche Hochadel des Geldes, diese winzige Minderheit der 513 Superreichen, selbst mit Familienangehörigen weniger als ein Zehntel Promille der Bevölkerung, verfügt über mehr Vermögen als die unteren zwei Drittel, also die ärmeren 66 % der Bevölkerung. Nach Berechnungen des DIW haben die unteren 70 Prozent der Bevölkerung gerade mal 5,8 % des Nettovermögens; die 513 Milliardäre und Multimillionäre haben sich dagegen einen Anteil von 5,4 % des gesamten Vermögens gekrallt. (In den USA zeigt sich übrigens ein ähnliches Bild: "Die statistischen Belege einer echten Schiefelage sind erdrückend", schreibt der Spiegel (24.11.10). Die 400 reichsten Amerikaner besitzen inzwischen mehr als die "unteren" 150 Millionen Amerikaner zusammen, also mehr als etwa die Hälfte der US-Bevölkerung).

Reiche werden reicher – Arme noch ärmer

Anteil am (Netto)-Gesamtvermögen 2002 und 2007 in Prozent von Bevölkerungszehnteln



"Die Vermögen der Milliardäre vermehren sich noch dynamischer als jene der Millionäre. Während die Milliardärsvermögen rund 10 % pro Jahr ansteigen, verzeichnen jene der Millionäre ein um 2 % geringeres Wachstum", schreibt Valluga im D.A.CH-Report (S, 15).

Eine Analyse der Vermögensentwicklung der Millionäre über die letzten Jahrzehnte zeigt Wachstumsraten von durchschnittlich 8 % pro Jahr. "Die Vermögen der Reichen und Superreichen sind auch in der Vergangenheit etwa 2,5 bis dreimal so schnell gewach-

"Was Geld kaufen kann, das bin ich, der Besitzer des Geldes selbst. So groß die Kraft des Geldes, so groß ist meine Kraft. Die Eigenschaften des Geldes sind meine. Ich bin hässlich, aber ich kann die schönste Frau kaufen. Also bin ich nicht hässlich, denn die Wirkung der Hässlichkeit, ihre abschreckende Kraft ist durch das Geld vernichtet. Ich bin geistlos, aber das Geld ist der wirkliche Geist aller Dinge, wie sollte der Besitzer geistlos sein? Zudem kann er sich die geistreichen Leute kaufen."

Karl Marx

sen wie ihre Volkswirtschaften. Dieser Beschleunigungstrend besteht bereits seit Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts und wurde durch die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft und den Siegeszug der Informationstechnologie substantiell unterstützt." (ebenda, S. 12). Valluga prognostiziert, dass auch in den kommenden drei Jahren die Vermögen der Millionäre dreimal so stark wachsen werden wie die Gesamtwirtschaft in der D.A.CH-Region. Aufgrund der erreichten Höhe des gesamten Millionärsvermögens können die zusätzlichen Ansprüche der Geld-Millionäre nicht mehr aus dem BIP-Zuwachs befriedigt werden. So betrug der Vermögenszuwachs der deutschen Geld-Millionäre im Jahr 2010 177 Milliarden Euro. Der nominale BIP-Zuwachs betrug jedoch nur 101 Milliarden Euro. Der zusätzliche Anspruch des Geldadels wird durch den Zuwachs an realen Werten in der Volkswirtschaft nicht mehr gedeckt. Er kann nur noch durch weitere Umverteilung und Enteignung des Volkes (Privatisierungen) befriedigt werden.

Anlagestruktur der D.A.CH-Millionäre

	2008	2009	2010
Gold	2 %	2 %	3 %
Hedge-Fonds, Währungen	4 %	3 %	4 %
Rohstoffe	5 %	6 %	7 %
Immobilien	13 %	14 %	15 %
Cash, Bankeinlagen	17 %	16 %	18 %
Anleihen	28 %	26 %	20 %
Aktien	31 %	33 %	33 %

Quelle: Valluga: D.A.CH-Vermögensreport /destatis /Stat. Jahrb. Schweiz /Statistik Austria

Signifikant ist der Rückgang bei den (festverzinslichen) Anleihen. "Während sich die Portfoliostruktur der Millionäre im Krisenjahr 2008 zu Gunsten der (vermeintlich) sicheren Anlageform 'Anleihe' verschob, wurden Anleihen im Jahr 2010 vor allem aufgrund der (Schulden-)Krise abverkauft." (gemeint ist wohl abgestoßen) (Valluga, S. 19) Der Anteil am Portfolio ging von 28 % (2008) auf 20 % (2010) zurück (ebenda). Rohstoffe, Gold, Immobilien und Hedgefonds nahmen jeweils um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr zu.

"Der Reichtum gleicht dem Seewasser – je mehr man davon trinkt, desto durstiger wird man."

Arthur Schopenhauer

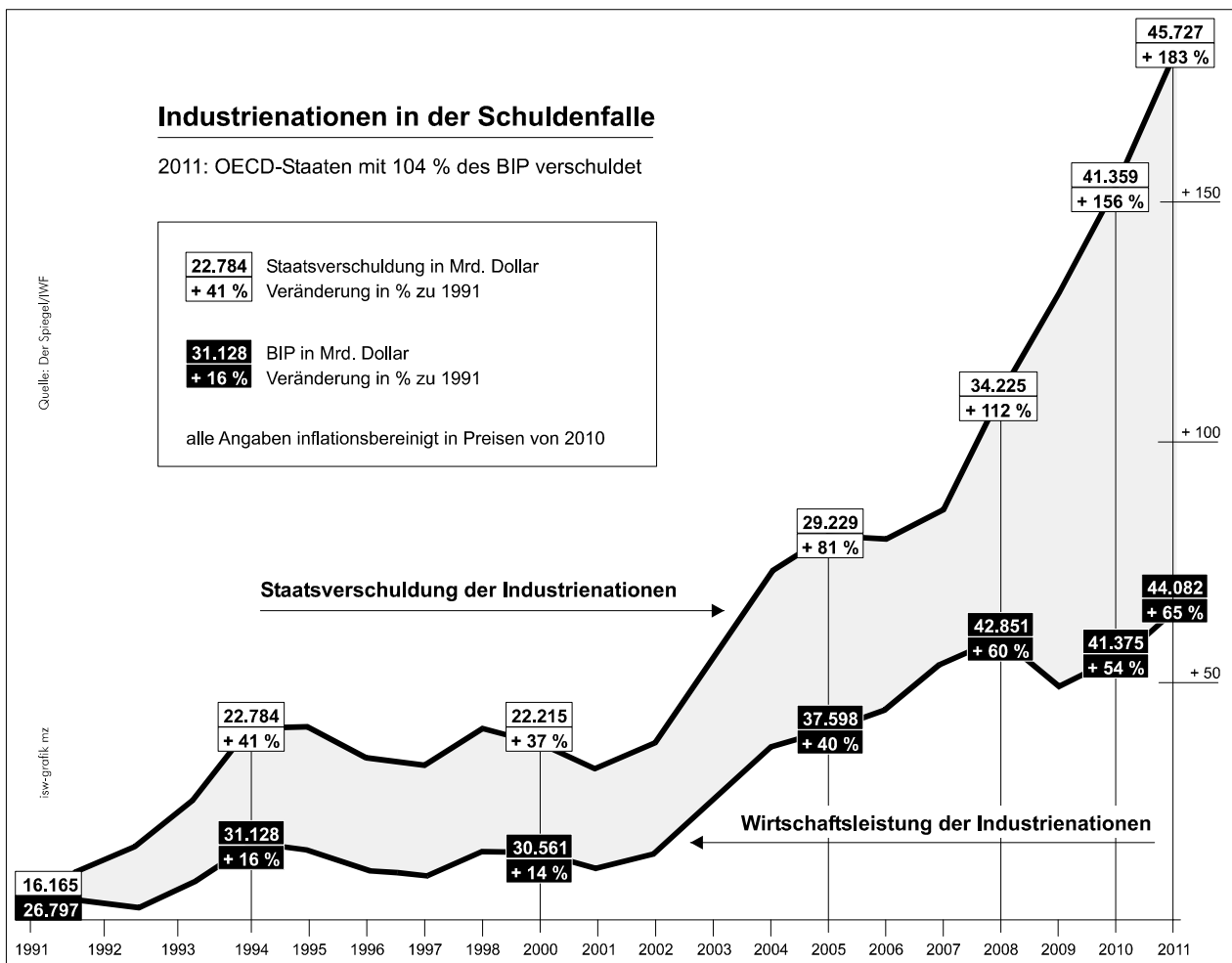
3. Schuldenkrise – Kehrseite des übermäßigen Aufbaus der Vermögen

"Die Staaten haben hohe Schulden. Dafür haben die Privaten hohe Vermögen", schreibt die FAZ (15.12.11). Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und Christoph Deutschmann, Professor für Soziologie an der Uni Tübingen, weisen darauf hin, dass Schulden immer eine Kehrseite haben: Vermögen. "Schulden sind nichts weiter als der Anspruch eines Gläubigers auf künftige Zahlungen". Und sie schlussfolgern: "Es gibt zu viel Vermögen. Die Schuldenkrise ist die Kehrseite eines übermäßigen Aufbaus an Vermögen, das durch keine Substanz gedeckt ist." (HB, 15.12.11). Den "Statistiken der Bundesbank zufolge nahmen die privaten Geldvermögen (brutto) in Deutschland im Zeitraum von 1991 bis 2006 um 124 Prozent zu. Das Bruttoinlandsprodukt aber stieg nur um 52 Prozent. Eine ähnlich krasse Diskrepanz zwischen Geldvermögen und der Wirtschaftsleistung zeigt sich in den meisten anderen OECD-Ländern". Die Gründe dafür sehen Beckert und

Deutschmann im Neoliberalismus, der die Institutionen der Wirtschaft so umgebaut habe, dass die Finanzvermögen sich explosionsartig vermehren konnten. "Die Ausrichtung der Unternehmen auf den Shareholder-Value und die Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte haben zu stagnierenden Löhnen und in die Höhe schnellenden Gehältern der Spitzenmanager (und Profiten – F.S.) geführt. Wer aber schon Millionen pro Jahr einnimmt, kann dieses Geld gar nicht ausgeben, sondern investiert es an den Finanzmärkten. Aufgebläht wurden die nach Anlagermöglichkeiten suchenden Vermögen auch durch den Umbau der Sozialsysteme auf kapitalmarktbasierter Renten. Außerdem hat die Fiskalpolitik die Vermögensteuer ausgesetzt, den Steuersatz der Einkommensteuer reduziert, die Kapitalerträge niedriger besteuert und Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt behandelt." (ebenda).

Die Folge dieser Politik, die in allen kapitalistischen Industrieländern gleichlaufend verfolgt wurde, ist: Alle Industrienationen gerieten in die Schuldenfalle. Während das addierte BIP aller Industriestaaten von 1991 bis 2011 um 65 % von 26.797 Milliarden Dollar (26,8 Billionen) auf 44.727 Milliarden (42,7 Billionen) Dollar gestiegen ist, haben sich die Staatsschulden in der gleichen Zeit fast verdreifacht: + 183 % von

"Reiche den Reichtum dem Reichen. Gib dem, der da hat."
Bert Brecht



16.195 Mrd. (16,2 Billionen) Dollar auf 45.727 Mrd. (45,7 Billionen) Dollar. 1991 machte die Staatsverschuldung 60 Prozent eines Jahres-BIPs der OECD-Länder aus, zwanzig Jahre später waren es 104 Prozent (vgl. Spiegel, 2.1.12). Aus dieser Schuldenfalle gibt es kaum mehr ein Entkommen. 2011 müssen die Industriestaaten bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 3 Prozent für Staatsanleihen knapp 1,5 Billionen Dollar an Zinsen zahlen, um die Schulden zu

bedienen; das ist etwa so viel wie der Zuwachs ihres addierten BIP in Nicht-Krisen-Zeiten ausmacht. Doch mit steigendem Verschuldungsgrad und der damit verbundenen Bonitätsherbabstufung durch die Rating-Agenturen, steigt der Zinssatz und damit die gesamte Zinslast. Beispiel Italien: Um 635 Mrd. Euro erhöht sich die Zinslast für Italien in den kommenden zehn Jahren, wenn die Staatsschulden statt mit 5 % mit 8 % verzinst werden müssen (HB, 10.11.11).

Vermögen abschmelzen!

Theoretisch sind vier Lösungsmodelle zur Reduzierung zumindest der Staatsschulden denkbar:

1. Drastische Reduzierung der Staatsausgaben und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese "Lösung" wird den Peripherie-Staaten aufoktroiert mit verheerenden sozialen Problemen und der Folge einer Rezession. Durch die Schrumpfung der Wirtschaftsleistung gehen die Steuereinnahmen zurück, die Staatsausgaben werden noch stärker beschnitten. Ein Teufelskreis. Wie sich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen soll, bleibt das Geheimnis von Troika (EZB, EU-Kommission und IWF) und Ultra-Neoliberalen. Ganz abgesehen davon, dass auf den gesättigten Weltmärkten keine Aufnahmekapazität für zusätzliche Waren und Dienstleistungen vorhanden ist. Vernünftiger erscheint ein Ansatz, der wirtschaftliches Wachstum durch zusätzliche staatliche Investitionen in vernünftige Verkehrs-, Infrastruktur- und Bildungsprogramme und die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge steigern will. Mit den daraus resultierenden zusätzlichen Steuereinnahmen und verminderten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Hartz-IV-Hilfe könnte ein Teil der Schulden abgetragen werden. Problematisch ist dabei die Finanzierung solcher Programme durch zusätzliches Schuldenmachen. 2. Ganz oder teilweiser Staatsbankrott: Einstellung der Schuldenrückzahlung und teilweiser Schuldenerlass. Damit verbunden wären höchstwahrscheinlich ein Banken-Crash und die Ruinierung anderer Länder. Jens Beckert und Wolfgang Streeck vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung schreiben dazu: "Auch wenn jedoch ein völliger Zusammenbruch der Weltwirtschaft infolge einer neuen Bankenkrise verhindert werden könnte, müsste mit einer sozialen Krise unbekanntes Ausmaßes gerechnet werden. Große Teile der Staatsschulden werden nämlich von Pensionsfonds oder Versicherungen gehalten, die aus diesem Kapital Rentenzahlungen leisten und Lebensversicherungen auszahlen. Die Umorientierung hin zur kapitalisierten Rente während der letzten Jahrzehnte hat eine wachsende Zahl von Rentenbeziehern in Abhängigkeit vom Kapitalmarkt gebracht." (FAZ, 20.8.11). 3. Weginflationierung der Schulden durch permanente und steigende Zentralbankkredite: Die Folgen sind hier die Schmälerung der Altersversorgung und Senkung der Realeinkommen insbesondere der Empfänger von fixen Einkommen und Transfereinkommen. Außerdem bedeutet es eine Enteignung der kleinen Sparer. 4. Lösungsmöglichkeit: Erhöhung der Steuereinnahmen. "In der Tat wäre das noch der einzig gangbare Weg – wäre er nicht politisch verbaut. Die Auseinandersetzung um die amerikanische Schuldengrenze hat deutlich gemacht, dass sich das Mantra "no new taxes" so verfestigt hat, dass Steuererhöhungen politisch unmöglich geworden sind." (ebenda).

Dennoch: "Die Schuldenkrise ist nur lösbar, wenn die Vermögen reduziert werden", schreiben Jens Beckert/Christoph Deutschmann (HB, 15.12.11). Und weiter: "Immer mehr Ökonomen liebäugeln mit der Idee einer Monetarisierung der Staatsschulden (indem die Zentralbank permanent Staatsschulden aufkauft – F.S.): Mit der zu erwartenden Inflation würden auch die überhöhten Vermögensforderungen und die Schulden abgeschmolzen. Wer das nicht will, dem bleibt kein anderer Weg, als die Vermögen zu reduzieren: Kapitalsteuern und Spitzensteuersätze erhöhen, eine Kapitalmarkt-Transaktionssteuer einführen und möglicherweise zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe erheben". Diese Vermögensabgabe müsste wirklich an die Substanz der Reichen gehen, soll sie Wirkung zeigen.

Würde man z.B. den deutschen Euro-Millionären 50 Prozent – natürlich gestaffelt nach der Höhe ihres Geldvermögens – wegsteuern, dann ließen sich mit der vereinnahmten 1,1 Billion Euro die Staatsschulden halbieren. Die Millionäre aber hätten immer noch ein Finanzvermögen auf dem Stand von etwa 2003, müssten also nicht gerade zum Betteln gehen. Bei den laufenden Vermögen, Erbschaft-, Gewinn- und Spitzensteuersätzen wäre darauf zu achten, dass sie höher sind als der jährliche Geldvermögenszuwachs bei den Reichen. Andernfalls würde die Geldflut lediglich langsamer steigen, aber dennoch sich der Druck auf den Damm erhöhen. Da würden auch noch so ausgeklügelte Finanzmarktregulierungen keine Abhilfe schaffen, so sie denn überhaupt von den Regierungen gewollt und realisiert würden. Die Geldflut wird immer eine Schwachstelle am Damm finden und den nächsten Finanz-Tsunami auslösen. Das Problem an den Finanzmärkten ist nicht der Damm, das Problem ist die Flut.

Das Entscheidende aber ist, ob die Politik bereit ist, sich mit dem obersten Prozent in der Reichtumspyramide anzulegen: 81 Millionen Bundesbürger gegen eine Million Millionäre: 99 % gegen 1 %. Beckert/Deutschmann sind skeptisch: "Die Politik traut sich offenbar nicht, ihren Souveränitätsanspruch über die Finanzmärkte durchzusetzen".

Freiwillig werden die Reichen nichts hergeben. Beckert/Streeck kommen in ihrem FAZ-Artikel zu einer eher resignativen Perspektive: "Nachdem die Zuwächse des Sozialprodukts während der vergangenen dreißig Jahre vornehmlich den oberen Bevölkerungsschichten zugute kamen, stellt sich in der Schuldenkrise die Frage, ob und mit welchen Mitteln die Wohlhabenden versuchen werden, ihre Position auch um den Preis einer massiven sozialen und politischen Krise zu verteidigen. Wir können nicht ausschließen, dass sie die Schrift an der Wand auch weiterhin nicht verstehen wollen".

Aus dem "normalen" Anstieg der Steuereinnahmen kann dieser Zintribut an den Geldadel nicht mehr aufgebracht werden. Es bleiben zur Finanzierung nur Steuererhöhungen oder radikale Einschnitte bei den Staatshaushalten.

"Man muss dafür sorgen, dass der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht und dass der Mittelstand wächst."

Aristoteles

"Reicher Mann und armer Mann, standen da und sahn sich an. Und der arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich."

Bert Brecht

4. "Geld regiert die Welt": Die Verbankerung der Politik

Die Geldaristokratie wird ihre Privilegien mit Klauen und Zähnen verteidigen. Und sie hat die Macht dazu. Der einzelne Multimillionär ist allenfalls ein Symbol sozialer Ungerechtigkeit angesichts Millionen Armer. Doch seine Millionen im Inkasso von Banken, Versicherungen, Fonds und professionellen Vermögensverwaltern bedeuten Macht. Der Löwenanteil des privaten Geldvermögens ist von den so genannten Kapitalsammelstellen aufgesogen. In Deutschland sind von den fast fünf Billionen Euro Geldvermögen 35 % bei Banken, 25,9 % bei Versicherungen, 12,1 % bei Investmentfonds, 11,6 % in Aktien, 9,7 % in Renten- und Geldmarktpapieren und 5,7 % in Pensionsrücklagen angelegt.

Den Finanzkonzernen wachsen so riesige Geldmassen zu. Sie verwenden sie zur Kreditvergabe, als Kapitalanlagen (z.B. in Form von Aktien, Investmentzertifikaten und festverzinslichen Wertpapieren) und zur Spekulation auf den Finanzmärkten. In der Konzentration in den Finanzkonzernen wird Geld zur Macht. In Form von Leihkapital, als Institutionelle Anleger, mit dem Depotstimmrecht der Banken und dem Privileg der Aktienemission und des Börsenhandels, sichert sich das Finanzkapital beherrschenden Einfluss auf Unternehmen und Konzerne. Als Emittent und Haupt-Zeichner von Staatsanleihen erhält es ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Finanz- und Haushaltspolitik der Staaten. Im Zuge der Schuldenkrise der kapitalistischen Staaten wurden demokratische Rechte und die Souveränität ganzer Staaten eingeschränkt und Weichen in Richtung einer Finanzdiktatur gestellt. Mit der Aufnahme der "Schuldenbremse" in das Grundgesetz der BRD, erhält die Bedienung der Geldvermögen quasi Verfassungsrang. Sie wurde von Merkozy de facto auch den anderen Euro-Ländern aufoktroziert. Die Souveränität und der Gestaltungsspielraum der Parlamente wurde minimiert. Der

Bundestag behält z.B. das Recht, über eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um drei Euro wochenlang zu debattieren, die großen Finanzentscheidungen aber fallen in anderen Gremien. Rettungspakete über zig-Milliarden Euro für die Banken wurden in Nacht- und Nebelaktionen von einem exklusiven Zirkel bestehend aus der Kanzlerin, dem Finanzminister, zwei Privatbankern und zwei Staatsbankern beschlossen. Das Parlament hat sich entmündigt, sich sein originäres und zentrales Recht, das Budgetrecht weitgehend nehmen lassen. Der Souverän der Politik sind heute die Banken und Finanzkonzerne. Als "Urteil der Finanzmärkte" heben und senken sie den Daumen über ganze Volkswirtschaften. Es hat eine totale Verbankerung der Politik stattgefunden. Gar nicht zu reden von den "Problemländern" innerhalb der Euro-Zone. Über deren Wirtschafts- und Finanzpolitik bestimmen heute "System"-Banken und die "Troika" aus EZB, IWF und EU-Kommission. In Italien (Mario Monti, Corrado Passera) und Griechenland (Lukas Papademas) haben Banker direkt die Regierungsgeschäfte übernommen, in anderen Ländern schicken sie sich an.

"Die Wirtschaft wäre keine Wirtschaft, wenn wir die Börse nicht hätten. Die Börse dient dazu, einer Reihe aufgeregter Herren den Spielclub und das Restaurant zu ersetzen."

Kurt Tucholsky

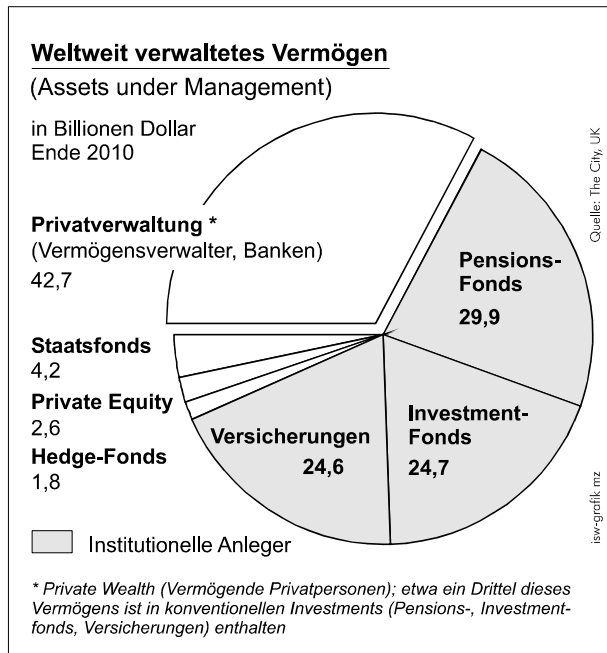
Die Macht der Institutionellen Anleger

Die entscheidende Macht in der Wirtschaft üben heute die Institutionellen Anleger aus. Sie sind die Schwergewichte auf den Finanzmärkten. Institutionelle Anleger sind Finanzunternehmen, die wie Banken Gelder von Individuen oder auch Unternehmen einsammeln. Anders als Geschäftsbanken reichen sie die Gelder nicht als Kredite weiter, sondern tätigen damit Finanzinvestments über die Kapitalmärkte: sie legen die Gelder in Aktien, Anleihen, Derivaten oder anderen handelbaren Schuldpapieren an. In der Regel bilden sie ein Portfolio aus verschiedenen Vermögenswerten und streben damit eine möglichst hohe Gesamtrendite an.

Zu den drei großen Gruppen von Institutionellen zählen Investmentfonds, Pensionsfonds und Versicherungen. In Deutschland sind auch die Universalbanken häufig noch als institutionelle Anleger tätig, ihr Anteil am Aktienbesitz ist aber zurück gegangen (siehe Grafik, Seite 12). Zunehmend werden andererseits Professionelle Vermögensverwalter – meist als Geschäftszweig von Banken und Versicherungen – als Institutionelle Anleger tätig.

Bis Mitte der 90er Jahre haben Institutionelle Anleger ihre Vermögen weitgehend in inländische Papiere investiert. Heute werden zunehmend internationale Anlagestrategien bevorzugt. Das erklärt auch den wachsenden Einfluss US-amerikanischer und briti-

scher Institutioneller Anleger auf die im DAX gelisteten Konzerne, bedingt vor allem durch die gewachsenen und gigantischen Geldvolumina der Pensions- und Investmentfonds infolge der privaten und kapitalmarktgedeckten Altersvorsorge. Mit wenigen Ausnahmen haben die Institutionellen bei den 30-Dax-Konzernen die Aktienmehrheit.

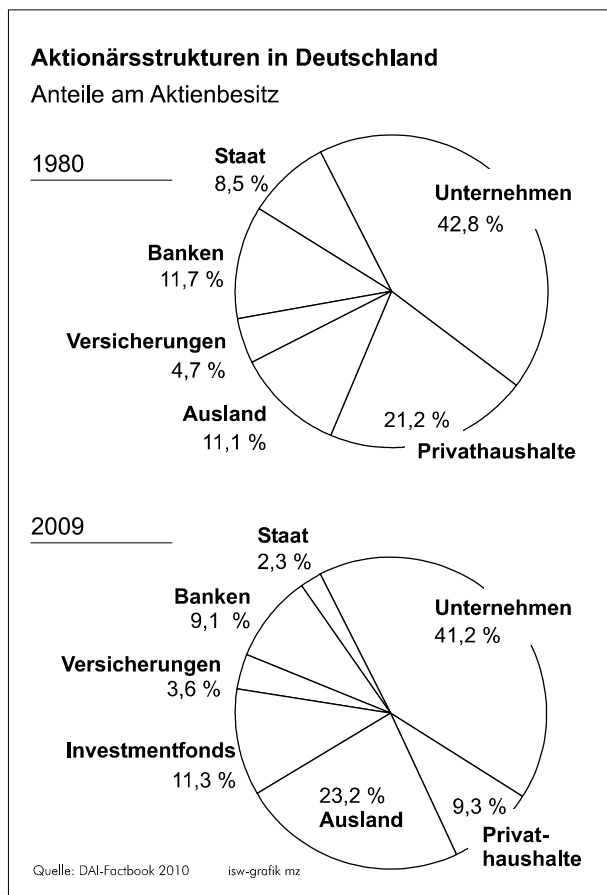


Die Aktionärsstruktur hat sich in allen Ländern in den vergangenen Jahren stark verschoben. Zusammen mit den Banken hatten die Institutionellen in Deutschland im Jahr 2009 einen Anteil von 47,2 % am **gesamten** Aktienbesitz (13.122 Aktiengesellschaften). Sie konzentrieren sich jedoch auf die großen und börsennotierten AGs, insgesamt 692 (September 2010). Knapp 30 Jahre davor betrug der Anteil der Institutionellen und Banken 27,5 %. Damals war der Einfluss der Privathaushalte auf die Aktiengesellschaften noch relativ groß: 1980: 21,2 %. Das waren vor allem die großen Familiendynastien. Der Anteil der Privathaushalte ist bis 2009 auf 9,3 % geschrumpft.

Noch stärker ist der Vormarsch der Institutionellen in den USA ausgefallen. 1970 betrug ihr Anteil (ohne Banken) am gesamten Aktienbesitz 20,9 %; im Jahr 2002 – neuere Daten liegen dem deutschen Aktieninstitut (DAI) nicht vor – bereits 58,6 %.

Der Einfluss der Institutionellen Anleger auf die Geschäftspolitik ist erheblich. Sie üben ihn nicht in erster Linie über die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft aus. Auf den HV fallen keine Entscheidungen von Bedeutung. Hier werden die Kleinaktionäre in jeder Beziehung mit Würstchen abgespeist.

Die Entscheidungen fallen auf den so genannten Investoren- und Analysten-Konferenzen des Vorstandes, zum Teil auch in Einzelgesprächen mit Großinvestoren. Die Bayer AG z.B. führte 2011 acht Investorenkonferenzen durch, teilweise als Telefon- und Videokonferenzen. Zudem gibt es gebündelte Stimmrechtsvertretungen für Institutionelle Anleger, wie etwa die International Shareholder Services (ISS), was vor allem bei Auslandsbeteiligungen der Investoren von Bedeutung ist. Laut Thomas von Oehsen, dem Deutschland-Chef der ISS kontrollieren ISS-Kunden bis zu 15 Prozent des Aktienkapitals einzelner Dax-Gesellschaften. Gerade bei Unternehmen mit hohem Streubesitz – bei etwa zwei Drittel der Dax-Konzerne beträgt der Streubesitz mehr als 70 Prozent – verfügt das ISS über großen Einfluss. Die niedrige Präsenz auf den Hauptversammlungen erhöht das Gewicht dieser gebündelten Stimmrechte schon im Vorfeld.



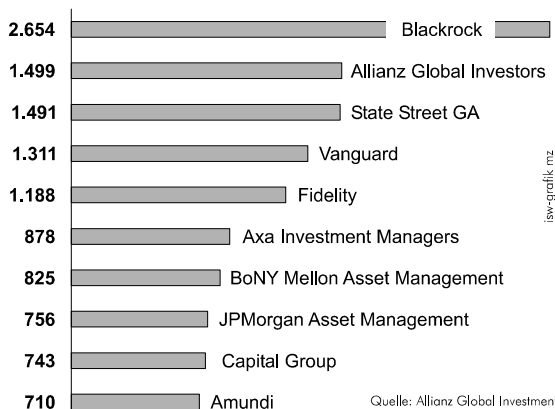
"Passanten wandten den Kopf aus Furcht vor dem, was hier geschah und zugleich in dem Verlangen, das Geheimnis dieser Finanzoperationen zu ergründen, in die nur wenige Geister eindringen, dieses unerklärliche plötzliche Entstehen und Zusammenbrechen von Vermögen."
Emile Zola, Das Geld

Deutschlands größter Aktionär – ein Amerikaner

Von besonderem Gewicht sind die Vermögensverwaltungen (Asset Management) aufgrund der ungeheuren Geldmassen, die sie verwalten und investieren können. Die weltweit zehn größten Vermögensverwalter können über eine Gesamtsumme von 12,1 Billionen Euro verfügen.

Top 10 der Geldverwalter

Verwaltetes Vermögen Ende 2010 – in Milliarden Euro



Joachim Faber, der Fondsmanager des zweitgrößten Vermögensverwalters weltweit, der Allianz Global Investors, ist Herr über 1,5 Billionen Euro. Die Allianz Global Investors ist stark bei Anleihen, aber schwach bei Aktien. Ihre 100%ige Tochter-Kapitalanlagegesellschaft PIMCO (Pacific Investment Management Company) gilt als der weltweit größte Aufkäufer von Staatsanleihen. Ihr Invest oder Desinvest bei Staatsanleihen kann entscheidend für die Refinanzierung von Staaten sein. Sie gehört zu den Instanzen, die das berühmte "Urteil der Märkte" fällen.

Der weltgrößte Vermögensverwalter, der Finanzdienstleister und ISS-Kunde Blackrock ist umgekehrt stark in Aktien engagiert. Das 'Handelsblatt' (1.6.11) zählt ihn zu den "heimlichen Herren des Dax". Blackrock ist eigenen Angaben zufolge an allen 30 Dax-Konzernen beteiligt, bei 21 davon mit mehr als dem meldepflichtigen Drei-Prozent-Anteil. Der "US-Fonds Blackrock ist Deutschlands größter Aktionär" titelt die 'Welt' (20.1.11). Und der Vermögensverwalter stockt seine Beteiligungen laufend weiter auf; z.B. bei der Deutschen Bank von 4,72 % (2009) auf inzwischen 9 % (FAZ, 27.8.11), womit Blackrock größter Einzelaktionär bei der Großbank ist; Credit Suisse hält 3,9 %, der Rest ist Streubesitz. Bei Siemens stockte Blackrock von 3,9 % (1.7.11) auf 5,01 % (FAZ, 27.8.11) auf, womit Blackrock nach der Siemens-Familie (6 %) jetzt zweitgrößter Einzelaktionär ist; bei Daimler von 3,9 % (Dezember 2009) auf jetzt 5,72 %: nach den Scheichtümern Abu Dhabi (9,1 %) und Kuwait (6,9 %) ist er dort drittgrößter Aktionär. Bei der Allianz, dem größten Konkurrenten im Finanzgeschäft der Vermögensverwaltung, ist Blackrock mit 6,2 % beteiligt, vor Axa mit 3,0 % – der Rest ist Streubesitz. Der größte Rückversicherer der Welt, Munich Re (Münchner Rück), ist praktisch in der Hand von drei US-Fonds/Vermögensverwaltern: Warren Buffets Berkshire Hathaway: 11 %, Blackrock 6,2 % und dem US-Vermögensverwalter Alliance Bernstein 3,1 % – zusammen 20,3 %; der Rest ist Streubesitz. Bei BASF

wiederum ist Blackrock mit 6,7 % größter Einzelaktionär, ebenfalls bei e.on 6,5 %, bei Bayer 5,3 % (zweitgrößter nach der US-amerikanischen Capital Research: 10,0 %), RWE 5,5 % (zweitgrößter), Linde 4,3 % (größter), SAP 4,7 % (viertgrößter), Lufthansa 5,1 % (größter); die Liste lässt sich fortsetzen. Insgesamt verwaltete Blackrock Mitte 2011 ein Vermögen von 2,65 Billionen Euro, inzwischen dürfte die Drei-Billionen-Grenze überschritten sein. 2,65 Billionen Euro, das ist mehr als das gesamte deutsche BIP 2011 (2,57 Bio. Euro) oder in Dollar umgerechnet: ca. 3,6 Billionen US-Dollar – mehr als die gesamten chinesischen Devisenreserven: (3,18 Billionen Dollar Ende 2011). Mit seinem verwalteten Vermögen könnte Blackrock rein theoretisch alle 30 Dax-Konzerne viermal aufkaufen, und zwar hundertprozentig. Die Börsenkapitalisierung der 30 Blue Chips an den deutschen Börsen betrug Mitte Januar 650 Milliarden Euro. Niemand sonst in der Welt beherrscht soviel Geldkapital.

Von strategischer Bedeutung für die Macht und Anlagpolitik von Blackrock sind dessen Aktienanteile an den beiden größten Rating-Agenturen Standard & Poors und Moodys. Bei ersterer ist Blackrock zweitgrößter Aktionär (5,4 %), bei der zweiten drittgrößter mit 6,9 %. Diese enge Verflechtung lässt berechtigte Zweifel an dem unabhängigen Rating der selbsternannten Bonitätswächter aufkommen. Auch ein gewisses Insiderwissen dürfte sich daraus ergeben.

"Spekulanten mögen unschädlich sein, solange sie wie Seifenblasen auf einem steten Strom unternehmerischer Aktivitäten tanzen. Aber die Lage wird ernst, wenn Unternehmen zu Seifenblasen auf dem Strudel der Spekulationen werden. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zum Nebenprodukt der Aktivitäten in einem Kasino wird, kommt ziemlich sicher nichts Gutes dabei heraus."

John Maynard Keynes

Dax-Aktien: Mehr als die Hälfte in Auslandsbesitz

Die Aktien der großen Börsenkonzerne befinden sich immer stärker in ausländischer Hand. Der Anteil ausländischer Aktionäre an den Dax-Konzernen stieg 2010 auf 55,8 %, wie das 'Handelsblatt' (20.1.11; und Wiwo 23.1.12) berechnete. Fast allesamt institutionelle Anleger. Die Tendenz ist dabei entscheidend, nicht das eine Prozent hin oder her. Vor 15 Jahren war der Auslandsanteil noch nicht halb so groß. Wie deutsch ist die Deutsche Bank? Sie selbst schreibt in ihren Investor Relations über das Geschäftsjahr 2009: "Vor allem in den USA stockten institutionelle Anleger (einschließlich Banken) ihre Bestände auf; der US-Anteil erreichte erstmals 16 %." Insgesamt ist der Auslandsanteil auf 54 % (2008: 45 %) gestiegen, dem ein entsprechend auf 46 % (2008: 54 %) verringerter Inlandsanteil gegenübersteht. Erhöhung bzw. Verringerung um 9 Prozentpunkte binnen eines Jahres, das

lässt die Dynamik erahnen (2010: 53 % Ausland; 47 % Inland). Insgesamt befanden sich von den 641.000 Aktien 75 % im Portefeuille von Institutionellen Anlegern. Unter den neun größten Einzelaktionären, die zusammen etwa 25 % des Aktienkapitals halten, sind sechs aus dem Ausland; darunter Blackrock, Credit Suisse, Capital Group und Societé Générale mit zusammen 17 % (FAZ 27.7.11). Nach Börsengerüchten ist Großspekulant und Investor Warren Buffet an einem Anteil von zehn Prozent an der Großbank interessiert (SZ, 15.9.11).

Die ausländischen Institutionellen machen durchaus ihren Einfluss geltend. Das hatte sogar Deutschlands mächtigster Manager, der Schweizer Josef Ackermann, zu spüren bekommen, als er sich zum Aufsichtsratsvorsitzenden küren wollte. Im November verzichtete er überraschend auf einen Wechsel an die Spitze des Kontrollgremiums. Gegen den Wechsel vom Vorstandsboss zum AR-Chef gab es von vornherein Kritik. Für seine Nominierung hätte Ackermann 25 Prozent der Stimmrechte auf sich vereinen müssen. "Doch insbesondere angelsächsische Fonds votieren nicht für Manager, die in Konflikt mit der Justiz geraten sind. Großaktionäre der Deutschen Bank sind neben der Credit Suisse die Fonds Capital Group und Blackrock." (FAZ, 15.11.11). Und die FTD (15.11.11) ergänzt: "Und ihrer Stimmen konnte sich Ackermann nicht sicher sein. So hat die einflussreiche Stimmrechtsvertretung Institutional Shareholder Services (ISS) signalisiert, dass sie die Ablehnung von Ackermanns Wahl empfehlen werde. Am Vorschlag von ISS orientieren sich viele Großanleger. Nach FTD-Informationen hat auch der größte Einzelaktionär (Blackrock – F.S.) schwere Bedenken gegen Ackermanns Wahl". Und Thomas von Oehsen von ISS: "Unsere Bedenken haben wir der Deutschen Bank frühzeitig mitgeteilt." (Wiwo 23.1.12). Das reichte offenbar. Kleinlaut gab Ackermann bekannt, dass er auf seine Kandidatur verzichten werde.

Das Beispiel Ackermann zeigt, was von "Manager kontrollierten" Konzernen und der "Deutschen Bank unter Managerkontrolle" zu halten ist: Nichts! Wer kontrolliert hier wohl wen? (vgl. Landefeld, 101, 103). "Herrschaft der Manager" und "Manager-Kapitalismus", das ist Juso-Ideologie der 70er Jahre. Herrschaft der Unternehmerdynastien und Familienclans – das war realer Kapitalismus, Familienkapitalismus des 19. und gut der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Strukturbestimmend ist dieses Clan-Kapital heute nicht mehr, seine Bedeutung hat in den vergangenen 40 Jahren rapide abgenommen.

Die Herren des Geldes und Herrscher über die Konzerne sind heute die Institutionellen Anleger, die großen Fonds, Versicherungen und professionellen Vermögensverwaltungen. Anders als früher die Banken mit ihren Industriebeteiligungen und die Eigentümerfamilien-Clans sind sie als Finanzinvestoren in der Regel nicht an einem langfristigen, strategischen Engagement interessiert; sie sind gewissermaßen Eigentümer auf Zeit mit dem Ziel einer kurzfristigen

und möglichst hohen Steigerung des Shareholder Values. Durch ihre Möglichkeit, Aktien schnell zu kaufen und zu verkaufen, können sie den Kurs und damit die Börsenkapitalisierung des Unternehmens beeinflussen, Übernahmen provozieren und damit wirksamen Druck auf das Management in Richtung schneller Steigerung des Shareholder Values ausüben. Hauptinstrumente hierfür sind rigorose Kostensenkung, Personalabbau, Reduzierung auf das Kerngeschäft, Ausgliederungen und Übernahmen. Ex-Allianz-Chef Schulte-Noelle in schöner Offenheit: "Von jeder unserer Beteiligungen erwarten wir eine überdurchschnittliche Performance im Vergleich zur Branche. Wird diese nicht erreicht, ist ein Verkauf denkbar. Da gibt es keine Sentimentalitäten. Mit dem Wegfall der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen wird sich diese Dynamik erhöhen". In das Tagesgeschäft mischen sich Institutionelle Anleger in der Regel nicht ein (siehe dazu auch isw-report 75: Finanzkapital).

Die Institutionellen in Verbindung mit den Banken sind aber nicht nur die Repräsentanten des heutigen Finanzkapitals. Sie sind die realen Akteure der vielzitierten "Märkte". Nicht ein anonymes Mysterium Finanzmarkt, sondern diese Geld-Molochs bestimmen das Schicksal von Belegschaften, ja ganzer Volkswirtschaften, sie wollen mit immer mehr Geld und Zinsen befriedigt, beruhigt, wohlgestimmt werden, sich ihr "Vertrauen" abkaufen lassen. "An den Drähten der Finanzindustrie zappeln" seit 2008 "die Hauptdarsteller auf den Bühnen der EU- und Eurokrise", schreibt Jürgen Habermas in seinem Aufsatz "Rettet die Würde der Demokratie" (FAZ, 4.11.11). Und der Schriftsteller Ingo Schulze: "Jeden Tag ist zu hören, die Regierungen müssten 'die Märkte beruhigen' und 'das Vertrauen der Märkte wiedergewinnen'. Mit Märkten sind vor allem die Börsen und Finanzmärkte gemeint, damit also jene Akteure, die im eigenen Interesse oder im Auftrag anderer spekulieren, um möglichst viel Gewinn zu machen. Sind das nicht jene, die das Gemeinwesen um unvorstellbare Milliarden erleichtert haben? Um deren Vertrauen sollen unsere obersten Volksvertreter ringen?" (SZ, 12.1.12).

"Der Spekulant rechnet immer auf Unglücksfälle, besonders auf Missernten, er benutzt alles, wie z.B. seinerzeit den Brand von New York, und der Kulminationspunkt der Unsittlichkeit ist die Börsenspekulation in Fonds, wodurch die Geschichte und in ihr die Menschheit zum Mittel herabgesetzt wird, um die Habgier des kalkulierenden oder hasardierenden Spekulanten zu befriedigen."

Friedrich Engels

"Zocker stellen nicht Reales her, destabilisieren das Finanzsystem und zahlen kaum Steuern."

Robert Harris

"Die einzig sinnvolle Finanzinnovation der letzten 25 Jahre ist die Erfindung des Geldautomaten."

Paul Volcker, Ex-Fed-Chef

5. Das Netzwerk der Konzernmacht: 147 Konzerne regieren die Welt.

Auch auf globaler Ebene bestätigt sich die Beherrschung der Ökonomie durch wenige Finanzkonzerne. In einer Studie "The network of global corporate control" haben Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich erstmals eine Analyse der ökonomischen Machtverhältnisse (Netzwerk der Macht) auf globalem Niveau vorgenommen. "Wir präsentieren die erste Untersuchung der Architektur des internationalen Eigentümer-Netzwerks, zusammen mit der Berechnung der Kontrolle, die von jedem Global Player ausgeübt wird." (Vitali/Glattfelder/Battiston, S. 1). Sie haben nachgewiesen, welche Konzerne die Weltwirtschaft dominieren und wie weit ihr Einfluss reicht. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Nach dieser Studie kontrollieren lediglich 147 Konzerne den größten Teil der Weltwirtschaft.

Das Züricher Team von Systemtheoretikern bediente sich bei seinen Recherchen der globalen Orbis-Datenbank, die zum Systemjahr 2007 über Daten und Informationen von 37 Millionen Unternehmen und Investoren weltweit verfügte. Anhand dieser Daten identifizierten die Forscher 43.060 Transnationale Unternehmen (TNCs) und den Eigentümer-Anteil, der sie verbindet. Die 43.060 Unternehmen sind in 116 Ländern verortet, 5.675 davon sind an Börsen notiert. (Vitali/Glattfelder/Battiston, S. 13). Sie fanden heraus, dass die 43.060 multinationale Unternehmen insgesamt 400.000 identifizierbare Beteiligungen haben.

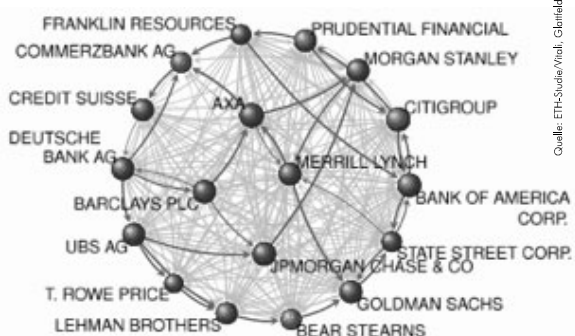
Von diesen 43.060 TNCs sind wiederum 1.318 mehrfach vernetzt und haben im Durchschnitt 20 Verbindungen untereinander. Sie repräsentieren einen Anteil von 20 % am gesamten Umsatz der internationalen Konzerne; über Beteiligungen kontrollieren sie noch einmal 60 %, beherrschen also vier Fünftel der Umsätze internationaler Konzerne. **Drei Prozent der transnationalen Konzerne kontrollieren also 80 Prozent der Umsätze aller transnationaler Unternehmen.** Die Wissenschaftler stießen noch weiter vor. Innerhalb des vernetzten Kerns haben sie eine 147 Konzerne umfassende geschlossene Gesellschaft ("Superentity" – Super-Einheit) identifiziert. Diese Super-Einheit ist ein in sich geschlossenes System, dessen Mitglieder sich gegenseitig kontrollieren und über ein kompliziertes Geflecht von Beteiligungen größtenteils in wechselseitigem Besitz befinden. James B. Glattfelder, einer der Autoren der Studie: **"Tatsächlich sind weniger als 1 % der Firmen in der Lage, 40 Prozent des gesamten Netzwerks zu kontrollieren"**. (in effect, less than 1 % of the companies were able to control 40 % of the entire network). (New Scientist, Oktober 2011).

Der Clou: Die meisten der 147 Konzerne, die die Welt unter sich aufgeteilt haben – und hier schließt sich der Kreis zur oben ausgeführten Geldmacht – sind Finanzkonzerne. Sie führen vor allem die Liste an. Der

Kreis der 50 mächtigsten Unternehmen unter diesen 147 ist ein exklusiver Club von Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen. Sie stammen fast ausschließlich aus den USA, Europa und Japan. Erst auf Platz 50 im Ranking der Super-Konzerne schaffte es ein Industriekonzern: die China Petrochemical Group Company (Sinopec). Unter den Top 50 rangieren zwei "deutsche" Finanzkonzerne: die Deutsche Bank (Platz 12) und der Versicherungsgigant Allianz (Platz 28).

Der harte Kern der Weltökonomie

Netz der super-verflochtenen 147 Konzerne (Super-Einheit)



Quelle: ETH-Studie/Vitali, Glattfelder, Battiston

Angeführt wird die Macht-Rangliste von der britischen Barclays Bank. Das dürfte überholt sein, denn seit 2007, dem Jahr, auf dem die Analyse beruht, ist es im Zuge der Finanzkrise zu einigen Verschiebungen gekommen. "Die Kontrollkonzentration des Machtzirkels ist seither jedoch kaum kleiner geworden", schreibt der Schweizer 'Sonntag' (22.10.11). "Im Gegenteil: Die Vernetzung der Finanzriesen untereinander dürfte sogar eher noch gewachsen sein. Denn schließlich hat der Konkurs der nur auf Rang 34 platzierten Lehman Brothers Holding der Finanzindustrie eindrücklich klargemacht, wie stark die faktische Staatsgarantie mit der Systemrelevanz korreliert. So hat Barclays beispielsweise 2009 seine Vermögensverwaltung an Blackrock abgetreten, die nun über 3 Billionen Dollar kontrolliert. Da der Deal zur Hälfte in Aktien getätigt wurde, sind die beiden Unternehmen jetzt gegenseitig im zweistelligen Prozentbereich aneinander beteiligt". Blackrock rückte damit zum weltgrößten Vermögensverwalter auf. 2007 war er noch nicht einmal unter den Top 50 der Liste.

"Geld produziert Geld. Geld ist ein Herrschafts- und Machtmittel. Der Wille zur Herrschaft ist unausrottbar. Er kennt keine objektiven Grenzen."

Jean Ziegler

James B. Glattfelder hält diese extreme Konzentration von Macht in den Händen weniger für sehr problematisch. "Neuere Studien deuten darauf hin, dass ein hoher Grad von Vernetzung die Verbreitung von

Stress im Netzwerk begünstigt", sagte er der 'Frankfurter Rundschau' (25.10.11). Und gegenüber dem Schweizer 'Sonntag': "Wir hatten nicht erwartet, dass die Macht im Zentrum derart konzentriert sein würde". Die Politik müsse Strukturen schaffen, um dieser Machtkonzentration zumindest gleichwertig entgegen-

Liste der TOP 50-Konzerne und ihre Zugehörigkeit		
Rang	Konzern	Land
1	BARCLEYS PLC	GB
2	CAPITAL GROUP COMPANIES INC, THE	US
3	FMR CORP	US
4	AXA	FR
5	STATE STREET CORPORATION	US
6	JPMORGAN CHASE & CO.	US
7	LEGAL & GENERAL GROUP PLC	GB
8	VANGUARD GROUP, INC., THE	US
9	UBS AG	CH
10	MERRILL LYNCH & CO., INC.	US
11	WELLINGTON MANAGEMENT CO. L.L.P.	US
12	DEUTSCHE BANK AG	DE
13	FRANKLIN RESOURCES, INC.	US
14	CREDIT SUISSE GROUP	CH
15	WALTON ENTERPRISES LLC	US
16	BANK OF NEW YORK MELLON CORP.	US
17	NATIXIS	FR
18	GOLDMAN SACHS GROUP, INC., THE	US
19	T. ROWE PRICE GROUP, INC.	US
20	LEGG MASON, INC.	US
21	MORGAN STANLEY	US
22	MITSUBISHI UFJ FINANCIAL GROUP, INC.	JP
23	NORTHERN TRUST CORPORATION	US
24	SOCIÉTÉ GÉNÉRALE	FR
25	BANK OF AMERICA CORPORATION	US
26	LLOYDS TSB GROUP PLC	GB
27	INVESCO PLC	GB
28	ALLIANZ SE	DE
29	TIAA	US
30	OLD MUTUAL PUBLIC LIMITED COMPANY	GB
31	AVIVA PLC	GB
32	SCHRODERS PLC	GB
33	DODGE & COX	US
34	LEHMAN BROTHERS HOLDINGS, INC.	US
35	SUN LIFE FINANCIAL, INC.	CA
36	STANDARD LIFE PLC	GB
37	CNCE	FR
38	NOMURA HOLDINGS, INC.	JP
39	THE DEPOSITORY TRUST COMPANY	US
40	MASSACHUSETTS MUTUAL LIFE INSURANCE	US
41	ING GROEP N.V.	NL
42	BRANDES INVESTMENT PARTNERS, L.P.	US
43	UNICREDITO ITALIANO SPA	IT
44	DEPOSIT INSURANCE CORPORATION OF JP	JP
45	VERENIGING AEGON	NL
46	BNP PARIBAS	FR
47	AFFILIATED MANAGERS GROUP, INC.	US
48	RESONA HOLDINGS, INC.	JP
49	CAPITAL GROUP INTERNATIONAL, INC.	US
50	CHINA PETROCHEMICAL GROUP CO.	CN

Quelle: ETH-Studie / Vitali, Glattfelder, Battiston

gentreten zu können. Trotz Eigeninteressen und gegenseitiger Konkurrenz seien die 147 Konzerne besser als die 193 Staaten in der Lage, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsame Interessen zu schützen, das zeige nicht zuletzt das erfolgreiche Lobbying gegen effektive Regulierung der Finanzmärkte. Glattfelder: "Wenn sich eine solche Struktur einmal gebildet hat, lässt sie sich kaum mehr aufbrechen".

Durch die extreme gegenseitige Vernetzung zu einem Machtklumpen kann jeder der 147 Player in Mitleidenschaft geraten, wenn ein anderer bankrott geht. ETH-Physiker und Mitautor der Studie Stefano Battiston erläutert in einem Interview mit dem 'Tagesanzeiger' (29.10.2011): "Das gefährdet die Stabilität des Systems. Wie die Finanzkrise 2008 gezeigt hat, genügt es, wenn ein Unternehmen wie damals Lehman Brothers unter Druck kommt, um das ganze System zu destabilisieren. Als der Versicherungsriese AIG im Herbst 2008 in Turbulenzen geriet, musste die US-Regierung 182 Milliarden Dollar mobilisieren, um den Finanzgiganten zu retten und zu verstaatlichen. Davon wurden Gläubiger wie Goldman Sachs und die Deutsche Bank ausbezahlt, mit insgesamt mehr als 60 Milliarden Dollar. Andernfalls wäre es womöglich zu einer Kettenreaktion und zur Kernschmelze im internationalen Finanzsystem gekommen. 182 Milliarden Dollar für eine einzige Firma, das ist so viel wie die Entwicklungshilfe aller reichen Länder an alle armen Länder zusammengenommen. Genau so wichtig wie 'too big to fail' ist folglich 'too connected to fail'." Mit dieser Machtballung ist ein unkontrollierbares Klumpenrisiko entstanden, welches bei einem Ausfall auch nur eines Konzerns das gesamte System in den Abgrund zu ziehen droht. Die vielzitierte Systemrelevanz erhält eine neue Dimension.

6. Refeudalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

"Die Finanzaristokratie ist in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft."

Karl Marx

Angesichts der immer krasser werdenden Spaltung der Gesellschaft in eine winzige Minderheit der Geldaristokratie, die über die Finanz-Imperien ihre Herrschaft ausübt, und in eine Masse von Habenichtsen, sprechen kritische Soziologen von einer "Refeudalisierung der Gesellschaft".

In seinem Buch "Das Imperium der Schande" überschreibt der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, bis 2008 UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, das letzte Kapitel: "Die Refeudalisierung der Welt": "Wir erleben eine Refeudalisierung der Welt."

Und diese neue Feudalmacht trägt das Antlitz der transnationalen Privatgesellschaften. Zur Erinnerung: Die 500 größten transkontinentalen kapitalistischen Gesellschaften der Welt kontrollieren heute 52 % des Bruttosozialprodukts des Planeten...Diese 500 Konzerne kontrollieren Reichtümer, die größer sind als die kumulierten Guthaben der 133 ärmsten Länder der Welt." (Ziegler, 213).

Die Einschätzung Jean Zieglers vor sieben Jahren wurde jetzt durch Züricher ETH-Wissenschaftler glänzend bestätigt und auf die Spitze getrieben: Die heutigen Feudalherren sind ein geheimer Machtzirkel aus 147 Konzernen, vorrangig aus dem Bereich der Geldmacht, die heute die Welt beherrschen. Sie haben die Staaten und die "politische Klasse kujoniert", die "Demokratie verramscht" (Jürgen Habermas/Frank Schirrmacher). Von Jürgen Habermas stammt der Begriff "Refeudalisierung der Öffentlichkeit". Mit Entstehung der Massenpresse und den ihr eigenen technischen und kommerziellen Gegebenheiten erfolgt eine "Refeudalisierung der Öffentlichkeit": Die Kommunikation wird wieder eingeschränkt und dem Einfluss einzelner Großinvestoren unterworfen.

Der Soziologe Oskar Negt wiederum vergleicht die Proportionen der heutigen Vermögensverteilung mit derjenigen des feudalen Frankreichs vor der französischen Revolution, als sich der Klerus, die Grundeigentümer und der Adel vollsaugten mit Gütern und Geldmitteln. Jean Ziegler geht es aber nicht nur um die Übertragung der Macht und den Ausverkauf des privaten und gesellschaftlichen Wohlstands an "die kapitalistischen Feudalsysteme". Er prangert vor allem den Verrat der bürgerlichen Prinzipien und der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an "transnationale Privatgesellschaften", die "Kosmokraten" an.

Von einer "Refeudalisierung der Ökonomie" spricht der Frankfurter Soziologe Sighard Neckel in seiner Antrittsvorlesung und einem Aufsatz in "Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung" (1/2011). Er unterscheidet "Refeudalisierung der Werte", "Refeudalisierung der Wirtschaftsstruktur" und "Refeudalisierung der Sozialstruktur". Gemeint ist bei ihm u.a. die Entstehung einer "ständisch privilegierten Managerklasse ohne Leistung und ohne Risiko, die faktisch Renten bezieht, deren Ausgestaltung ihr eigenes Vorrecht ist" (Neckel, S. 124). Diese Kaste gebe sich einem "demonstrativen Luxuskonsum" hin, vergleichbar mit der früheren "aristokratischen Maßlosigkeit des reinen Genusses" (S. 120). Schließlich zeige sich diese "Refeudalisierung" auch in der Verteilung von "Lebenschancen": "Ob es die PISA-Studien sind oder die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung – sie zeigen eine Gesellschaft, in der sich Armut ebenso zunehmend sozial vererbt wie umgekehrt Privilegien von einer Generation in die nächste weitergegeben werden, und die sich daher in einem offenen Prozess der Refeudalisierung von Lebenschancen befindet." (124f). Und Sieghard Neckel schlussfolgert: "Und so geschieht es nicht zum ersten Mal, dass sich Dynasti-

en in den oberen Schichten entwickeln, die die Sozialstruktur feudalisieren" ..."Als paradoxe Folge hiervon entsteht ein moderner Kapitalismus nicht nur ohne, sondern gegen die Bürgerlichkeit." (S. 126).

Im Nachwort seines Buches "Das Imperium der Schande" schreibt Jean Ziegler: "Die Zerstörung der kannibalischen Weltordnung ist die Sache der Völker. Der Krieg für die planetarische soziale Gerechtigkeit muss erst noch geführt werden.

Wie werden die Siege aussehen? Und wie die Niederlagen? Wie wird der letzte Kampf ausgehen? Heute kennt niemand die Antworten.

Eine Überzeugung sitzt allerdings tief in mir.

Alle diese künftigen Kämpfe werden ein Nachhall des Aufrufs von Gracchus Babeuf sein, des Anführers der Verschwörung der Gleichen, der am 27. Mai 1797 blutüberströmt zum Schaffott getragen wurde: 'Möge der Kampf beginnen über das berühmte Kapitel der Gleichheit und des Eigentums! Möge das Volk alle barbarischen Institutionen stürzen! Möge der Krieg des Reichen gegen den Armen endlich diesen Anschein großer Kühnheit auf der einen Seite und großer Feigheit auf der anderen einbüßen! Ja, ich wiederhole es, alle Missstände sind auf ihrem Gipfel, sie können sich nicht verschlimmern. Sie können nur durch einen totalen Umsturz beseitigt werden...

Fassen wir das Ziel der Gesellschaft ins Auge! Fassen wir das gemeinsame Glück ins Auge und ändern wir nach tausend Jahren diese groben Gesetze!"

Anhang: Krise der Verteilung

Woher kommen die Vermögen, woher die Schulden: Die 3-fache Umverteilung von unten nach oben.

Woher aber kommen die Vermögen und, die andere Seite der Medaille, die Schulden. Glaubt man Massenmedien und Politikern, dann ist, zumindest bei den Schulden, die Sache klar: das dolce far niente der Südländer und die "faulen Griechen" haben das bewirkt. Nur seltsam, dass die Jahresarbeitszeit eines Griechen im Durchschnitt sechs Prozent höher ist als die eines Deutschen. Und was die absolute Höhe der Schulden anbelangt, so ist Europas höchster Schuldenberg mit 2,1 Billionen Euro innerhalb der Grenzen der BRD zu finden. Und er wuchs auch in den vergangenen Jahren trotz guter Konjunktur und überschüssiger Leistungsbilanz.

"Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt", meint dazu die Kanzlerin. Alle? Für sie und ihren Ministerclan mag das ja stimmen. Aber die fast sieben Millionen Hartz-IV-Empfänger, die 364 Euro im

Monat zum Leben haben? Die zwanzig Millionen Rentner, die im vergangenen Jahrzehnt vier Nullrunden und erhebliche Einbußen bei den Realrenten hinnehmen mussten? Oder die 36 Millionen Arbeitnehmer, von denen jeder im Durchschnitt seit 2000 einen Reallohnverlust von drei Prozent verkraften musste? Die 15 Millionen Kinder und Jugendliche werden es wohl auch nicht gewesen sein. Bleiben die gut vier Millionen Selbstständige und Unternehmer, wobei man hier Hunderttausende Scheinselbstständige, Ein-Mann-Unternehmer und prekäre Selbstständige herausrechnen müsste. Andererseits wäre bei den "Arbeitnehmern" die Schicht der Spitzenverdiener und Manager, die ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis innehaben, zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Entwicklung hinzuzuzählen. Sie kassieren im Wesentlichen das jährliche Mehrprodukt und als Geldvermögende sogar darüber hinaus. Mit Ausnahme des Krisenjahrs 2008 war der jährliche Geldvermögenszuwachs höher als die Zunahme des BIP. Das macht deutlich, dass der Anspruch des Geldvermögens an die realen produzierten Werte längst nicht mehr erfüllt werden kann. Die Wirtschaft wächst nur noch für die Millionäre.

Und wie kam der Reichtum zustande? Das Pendant zur Faulheit ist der Fleiß, das Gegenstück zum "über die Verhältnisse leben" ist Sparen. Also waren die Reichen und Superreichen besonders fleißig und sparsam; z.B. Karl Albrecht, Herrscher über Aldi Süd, der ein Vermögen von 17,2 Milliarden Euro sein Eigen nennt. Selbst wenn man ihm einen Stundenverdienst von 50 Euro zubilligt, weil der gelernte Verkäufer ein besonderes Talent hat und er 24 Stunden rund um die Uhr arbeitet, dabei nichts isst und auch sonst keinerlei Ausgaben hat – dann müsste dieser

Mensch fast 40.000 Jahre arbeiten, um sein Vermögen von 17.200.000.000 (17,2 Milliarden) Euro anzuhäufen. Das legt die Vermutung nahe, dass noch einige zig-Tausend Menschen zu seinem Reichtum beigetragen haben. Karl Marx nannte das Ausbeutung fremder Arbeitskraft, in diesem Fall beginnend mit der Produkt- und Nahrungskette beim Einkauf, wo Aldi den Bauern und Produzenten aufgrund seiner Marktmacht Bedingungen und Preise diktieren kann. Und endend an der Aldi-Kasse, wo Verkäuferinnen für umgerechnet 13,50 Euro die Stunde (Vollzeitkraft: 2.200 Euro im Monat) pro Minute im Durchschnitt 38 Artikel über den Scanner ziehen muss und jeder Piepser ein Klingeln in Albrechts Privatkasse bedeutet.

Womit wir bei dem Problem der Verteilung der produzierten Werte wären. In den vergangenen Jahren liefen drei Verteilungsrunden ab, die allesamt zu einer Umverteilung von unten nach oben führten. Die also Reiche reicher und Arme ärmer machten. In den USA und in Europa fand in den letzten Jahren eine enorme Verschiebung von Wohlstand statt: Eine Verschiebung von Arm zu Reich, von Arbeit zu Kapital, von Löhnen zu Profit.

Folgende, teilweise ineinandergreifende Verteilungsrunden liefen ab. Sie beschleunigten sich im ersten Jahrzehnt des XXI. Jahrhunderts immer mehr:

- In der Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital;
- In der finanzpolitischen Verteilung über die Steuern;
- In der finanzialistischen Verteilung über die Finanzmärkte.

Industrielländer tief in den roten Zahlen

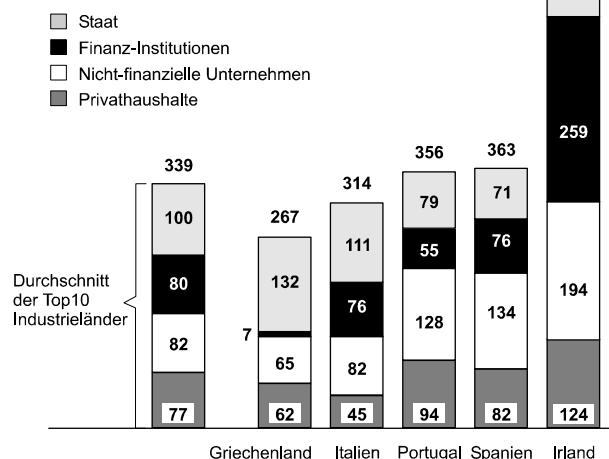
Zusammensetzung der Gesamt-Schulden der 10 größten Industrie-Länder
2. Quartal 2011 – in % des BIP

	Privat-Haushalte	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanz-Institutionen	Staat	gesamt
Japan	67	99	120	226	512
Großbrit.	98	109	219	81	507
Spanien	82	134	76	71	363
Frankreich	48	111	97	90	346
Italien	45	82	76	111	314
Süd-Korea	81	107	93	33	314
USA	87	72	40	80	279
Deutschland	60	49	87	83	278
Australien	105	59	91	21	277
Kanada	91	53	63	69	276

Quelle: McKinsey Global Institute

isw-grafik mz

Schulden der Euro-Krisenländer im Vergleich zu den Top 10 Industrieländern
2. Quartal 2010 – in % des BIP



1. Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital

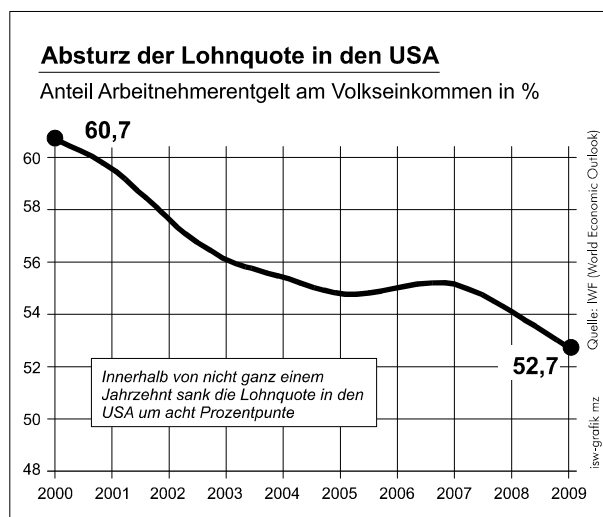
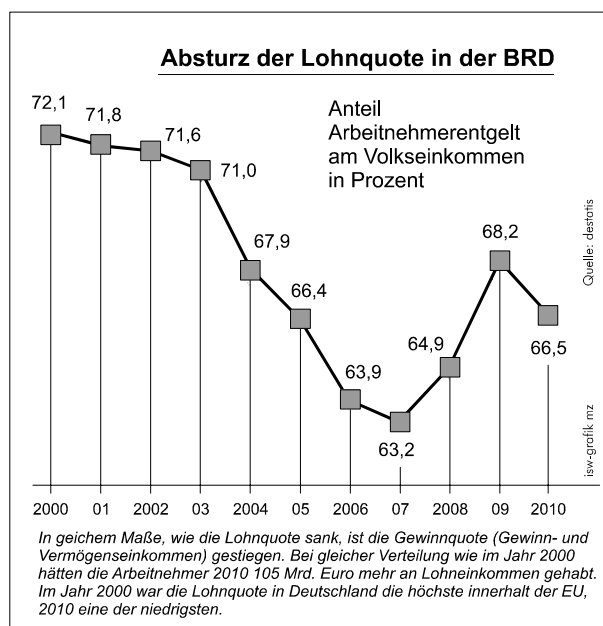
Die Primärverteilung ist gewissermaßen die Urverteilung im Kapitalismus. Sie bzw. ihre Entwicklung widerspiegelt das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Jeder Euro, um den der Kapitalist den Lohn der Arbeiter drückt, erhöht unmittelbar entsprechend seinen Profit.

Das Statistische Bundesamt berichtet die Primärverteilung im Rahmen seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Das dort aufgeführte Volkseinkommen (= BIP minus Abschreibungen und minus indirekte Steuern) setzt sich zusammen aus Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die prozentualen Anteile werden als Lohnquote bzw. Gewinnquote bezeichnet.

In Deutschland (auch den USA und den meisten Industrieländern) ist im Rahmen der neoliberalen Angebotsorientierung seit dem Jahr 2000 eine drastische Umverteilung von den Arbeitnehmerentgelten zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen festzustellen. Von 2000 bis 2011 verloren die Arbeitnehmereinkommen fünf Prozentpunkte, in manchen Jahren sogar fast acht (2007). Um die entsprechende Prozentzahl stiegen die Gewinn- und Vermögenseinkommen an: Von 27,9 auf 32,8 %. In den Zahlen drückt sich die Lohnzurückhaltung aber auch Zurückdrängung der Gewerkschaften aus. Im Zuge der Globalisierung, der Osterweiterung der EU und auch der Finanz- und Wirtschaftskrisen ist ihre Tarifmacht geschwunden. In der BRD drückt sich das vor allem im Rückgang der Reallöhne und dem niedrigsten Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber allen anderen EU-Ländern aus. Für die Arbeitnehmer war die Dekade, in der sich das Millionärsvermögen verdoppelte, ein verlorenes Jahrzehnt. Der einzelne Arbeitnehmer musste gegenüber dem Jahr 2000 im Durchschnitt einen Reallohnverlust von fast drei Prozent hinnehmen; das heißt: diejenigen, die allen Reichtum schufen, konnten ihren eigenen Lebensstandard kaum halten.

Für die Arbeitnehmer hatte das gravierende Verteilungsverluste zur Folge. Wären 2010 die Verteilungsrelationen noch die gleichen wie im Jahr 2000, dann wären die Arbeitnehmerentgelte allein in diesem Jahr um gut 100 Milliarden Euro höher ausgefallen. Der daraus resultierende Kaufkraft- und Nachfrageschub wäre weit wirkungsvoller gewesen als der Stimulus, der von den beiden Konjunkturprogrammen der Bundesregierung ausging, deren Umfang gerade mal 80 Milliarden Euro, bezogen auf zwei Jahre, ausmachte.

Addiert man die Verteilungsverluste der einzelnen Jahre (Umverteilung über die sinkende Lohnquote) und jeweils im Vergleich zu den Verteilungsrelationen von 2000 zusammen, dann ergibt sich bis 2011 eine Summe von 920 Milliarden Euro. Fast eine Billion weniger wurde an Arbeitnehmerentgelt ausbezahlt, weil sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals verschoben hatte. In der selben Höhe sind die Gewinn- und Vermögenseinkommen zusätzlich gestiegen.



Aber nicht nur die Lohnempfänger sind die Verlierer dieser Umverteilung von unten nach oben, sondern auch die Sozialkassen und damit Rentner, Kranke, Arbeitslose, Pflegebedürftige. Denn der Posten "Arbeitnehmerentgelt" setzt sich zusammen aus Bruttolöhnen und -gehältern und Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Nimmt man hier die Relationen des Jahres 2000 und überträgt sie auf die folgenden Jahre, dann hätten die Unternehmer für den Zeitraum 2000 bis 2011 626 Milliarden Euro mehr Löhne und Gehälter zahlen und 293,8 Milliarden Euro mehr an die Sozialkassen abführen müssen (zusammen wiederum knapp 920 Milliarden Euro). Bei letzterem Posten profitierten die Unternehmer nicht nur von den niedrigeren Bruttolöhnen, sondern auch von der Entlastung der Lohnnebenkosten durch die Bundesregierung. Von den 293,8 Milliarden hätten sich ordentliche Rentenerhöhungen und Verbesserungen im Gesundheitssystem finanzieren lassen.

Verteilungsverluste bei Arbeitnehmerentgelt

Jahr	Volks-einkommen in Mrd. Euro	Lohn-quote (LQ)	Arbeit-nehmer-entgelt in Mrd. Euro	Arbeitnehmer-entgelt bei LQ von 2000 in Mrd. Euro	Verteilungs-verlust in Mrd. Euro
2000	1.540,9	72,1	1.111,2	1.111,2	–
2001	1.577,1	71,8	1.131,9	1.137,1	5,2
2002	1.591,4	71,6	1.138,8	1.147,4	8,6
2003	1.608,5	71,0	1.141,6	1.159,7	18,1
2004	1.686,1	67,9	1.145,4	1.215,7	70,3
2005	1.713,7	66,4	1.137,6	1.235,6	98,0
2006	1.808,7	63,9	1.156,1	1.304,1	145,0
2007	1.877,3	63,2	1.187,1	1.353,5	166,4
2008	1.894,2	64,9	1.229,8	1.365,7	135,9
2009	1.806,1	68,2	1.231,5	1.302,2	70,6
2010	1.897,8	66,5	1.262,9	1.368,3	105,4
2011	1.964,3	67,2	1.319,9	1.416,2	96,3
Verteilungsverluste (2000 – 2011) gesamt:					919,8 Mrd. €

Quelle: destatis (Fachserie 18), isw-Berechnungen isw-grafik mz

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus Bruttolöhnen und -gehältern und Sozialbeiträgen der Arbeitgeber (z.B. 2011: 1.076 Mrd. Bruttolöhne + 244 Mrd. Sozialbeiträge = 1.320 Mrd. Arbeitnehmer-Entgelt. Spaltet man die Verteilungsverluste über die Jahre entsprechend auf, dann ergeben sich 2000 bis 2011 insgesamt 726 Mrd. Euro weniger Bruttolöhne, die die Unternehmer gezahlt haben, als im Jahr 2000 und 293,8 Mrd. Euro weniger Sozialbeiträge.

2. Fiskalpolitische Verteilungsrunde über die Steuern

Die zweite Verteilungsrunde schließt sich unmittelbar an die erste an. Jetzt kommt der Staat mit ins Spiel, indem er den beiden Bezieher-Gruppen des Volkseinkommens – Arbeitnehmer und Unternehmer/Selbstständige – Einkommensteuern abverlangt. Aus Bruttolöhnen werden dadurch Nettolöhne, aus Bruttogewinnen Nettogewinne. Und eine Umverteilung findet auch über die sogenannten Massensteuern (Umsatz- und Verbrauchsteuern) statt.

Im Ablauf dieser Sekundär-Verteilungsrunde spiegelt sich im vergangenen Jahrzehnt die zunehmende neoliberale Angebotsorientierung wider. Im Steuerwettlauf mit anderen Staaten nach unten wurden Gewinn- und Vermögensteuern gekappt; der Anteil der Massensteuern, vor allem der Umsatz- und Verbrauchsteuern dagegen stieg. Deutschland wurde immer mehr zum Steuerparadies für Reiche und Konzerne. Bei Gewinn- und Vermögensteuern weist Deutschland im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Abgabenquote aus. Bei der Besteuerung von Kapital ist es in der EU an vorletzter Stelle. Bei Steuern auf Vermögen ist es im internationalen Vergleich ebenfalls an vorletzter Stelle (vgl. isw-wirtschaftsinform 44 "Bilanz 2010 – Ausblick 2011", S. 40f). Der Steuerbelastung von deutschen Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) weist die OECD im EU-Rahmen den untersten Rang zu.

Das vergangene Jahrzehnt war in Deutschland eine Dekade der Steuergeschenke an Konzerne und Reiche. Die Regierungen von Rot-Grün über die Große Koalition bis Schwarz-Gelb betrieben im gesamten Jahrzehnt eine extreme Steuergestaltung zugunsten

einer Umverteilung von unten nach oben. Mit der Folge, dass die Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich rasant zunahm.

Schlaglichtartig seien hier die verschiedenen "Steuerreformen" in Erinnerung gerufen (ausführlicher dazu, siehe isw-wirtschaftsinform 42 "Bilanz der Großen Koalition", S. 36 – 40 und isw-wirtschaftsinform 44 "Bilanz 2010 – Ausblick 2011", S. 37 – 41).

■ Mehrmalige Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer um insgesamt 11 Prozentpunkte: 1999: 53 %; seit 2006: 42 %. Spitzenverdiener haben dadurch jährlich insgesamt um ca. 12 Milliarden Euro höhere Nettoeinkommen – entsprechend hoch der Steuerausfall für den Fiskus.

■ Mehrmalige Senkung des Körperschaftsteuersatzes, also der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften: Aktiengesellschaften und GmbHs. Von ehemals 56 % 1977 – 1989; 45 % 1994 – 1998; ab 2001: 25 %; ab 2008: 15 % (einschließlich Gewerbesteuer: 29,51 %). Dadurch hat die Körperschaftsteuer trotz rasant gestiegener Profite der Kapitalgesellschaften nie wieder das Aufkommen des Jahres 2000 erbracht. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen ist auf das Niveau einer Bagatelsteuer geschrumpft. 2010: 1,9 %.

■ Begünstigung der Bezieher hoher Zins- und Kapitalerträge durch eine einheitliche 25%-ige Abgeltungssteuer ab 2009. Zins- und Kapitalerträge wurden bis dahin mit dem persönlichen Steuersatz belastet. So muss ein Einkommens-Millionär, der seine Million mit Spekulation und Kapitaleinkünften macht, für diese nur 25 % Abgeltungssteuer bezahlen. Würde er die Million mit vergleichsweise ehrlicher Arbeit verdienen, wären darauf ab 52.000 Euro 42 % und ab 250.000 sogar 45 % Einkommensteuer fällig.

■ Begünstigung von Großen und Firmenerben durch die Erbschaftsteuerreform, die seit 2009 in Kraft ist. Dadurch ist das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer trotz gestiegener Erbschaftsvolumina um jährlich etwa eine halbe Milliarde gefallen.

■ "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der schwarzen Regierung u.a. mit Nachbesserungen bei Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform und Steuervergünstigungen für Hoteliers. Jährliche Steuerausfälle ca. 8 Milliarden Euro.

Hinzu kommt die Regelung mit Verlustvorträgen, wodurch die Unternehmen auf Jahre hinaus noch Verluste von insgesamt 569 Mrd. Euro geltend machen und ihre Gewinne entsprechend frisieren können.

■ Umgekehrt wurden die sogenannten Massensteuern (Mehrwertsteuer, Mineralöl-, Strom-, Tabaksteuer, u.a.) die in die Konsumentenpreise eingehen, erhöht. Der Anteil der Umsatz- und Verbrauchsteuern – ohne Mineralöl- und Energiesteuern – am gesamten Steueraufkommen, stieg von 34,3 % im Jahr 2000 auf 38,2 % im Jahr 2010 (Schäfer, S. 684).

Addiert man alle Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und das Kapital zusammen, dann kommt man auf gut 50 Milliarden Euro pro Jahr, die dem Fiskus an Steuereinnahmen verloren gehen.

In ihrem "Sondermemorandum 2010" schreibt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: "Die Steuerreformen haben dem Staat Steuerausfälle im Zeitraum 2000 bis 2010 von insgesamt rund 335 Milliarden Euro beschert. Im Durchschnitt fehlen somit über 30 Milliarden Euro pro Jahr (Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung plus Streichung von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer sind bereits gegengerechnet – F.S.). In den nächsten Jahren werden es sogar deutlich über 50 Milliarden Euro sein. Davon profitieren in erster Linie die Vermögenden." (S. 2).

Nicht berücksichtigt ist dabei das gigantische Ausmaß der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs und der Steuerflucht. Jens Beckert/Christoph Deutschmann schreiben in dem bereits angeführten Artikel, dass der Trend zur Staatsverschuldung auch darauf zurückgeht, "dass die staatliche Steuerbasis systematisch untergraben wurde. Durch die Senkungen der Kapital- und Vermögensteuern sowie der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und die jahrzehntelang tolerierte Steuerhinterziehung der Reichen wurden die Staaten in die Schuldenfalle getrieben. Schon im Jahr 2003 schätzte der damalige Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, den Umfang der Steuerhinterziehung auf 60 bis 70 Milliarden Euro; erst recht waren Länder wie Griechenland und Italien nie in der Lage, ihre Eliten angemessen zu besteuern." (HB, 15.12.11).

3. Umverteilung über Zinsen und Finanzmärkte

Ihre Siege bei den primären und steuerpolitischen Verteilungskämpfen ermöglichen der Geldaristokratie eine weitere Runde der Bereicherung: der finanzialistischen Verteilung über Zins und Kapitalmärkte. Sie raubt nun mit der Waffe des Zinses die Öffentlichen und Privathaushalte aus. Durch die Senkung der Reallohne und steigende Arbeitslosigkeit mussten zudem immer mehr Privathaushalte Konsumentenkredite aufnehmen, um ihren Lebensstandard annähernd halten zu können. In den USA, Großbritannien, Spanien und anderen Ländern hat zudem der Immobilien-Hype Millionen Haushalte in die Verschuldung getrieben.

Die Öffentlichen Haushalte wiederum verschuldeten sich, weil sie wegen der Steuer- und Subventionsgeschenke ansonsten ihre Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr hätten finanzieren können. Die größte staatliche "Subvention" in der Geschichte des Kapitalismus aber war zweifellos die "Bankenrettung" in den Jahren 2007 bis 2009, weil Banken und andere Finanzkonzerne sich verzockt hatten: "Auf 15 Billionen Dollar weltweit werden von der Spiegel-Dokumentation die Kosten für das Banken-Fiasko geschätzt, fast ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung eines Jahres" (Schuhler, Euro-Debakel). Bankenrettung und weitere Billionen für Konjunkturpakete, um den drohenden Absturz in Rezession oder gar Depression infolge der Finanzkrise zu verhindern, katapultierte die Staatsverschuldung auf Rekordhöhen.

Die staatlichen Retter haben zwar die Finanzindustrie vor dem Kollaps bewahrt, sich dabei aber hoffnungslos verschuldet. Die Rechnung für den Bankencrash müssen nun die Steuerbürger begleichen. Gerettet wurde damit das System der risikolosen Profitwirtschaft und der Spitzen-Boni. Die privaten (Bank-) Schulden wurden gewissermaßen gegen staatliche Schulden ausgetauscht. Der Finanzsektor hat seine Probleme in die Staatshaushalte verlagert. In den USA hat die Verschuldung zwischen 2007 und 2010 um 31,6 % zugenommen, in Japan um 32,6 %, in Großbritannien um 35,2 % und in Deutschland um 21,7 %. Kein größeres Euroland, das nicht längst die Maastricht-Schuldenlatte von 60 % des BIP gerissen hat. Auch die 90%-Grenze wurde inzwischen von fast allen Industrieländern überschritten. Die Ökonomen Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben berechnet, dass Schuldenquoten von 90 Prozent und mehr bezogen auf das BIP die Wohlstandschancen drastisch verringern und infolge der Zinslasten den Handlungsspielraum der Regierungen rigoros einengen.

Die Banken und Fonds, die zu Lasten der Steuerzahler gerettet wurden, verdienen prächtig an der ganzen Rettungsaktion. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schreibt: "Die Schulden des einen sind die Forderungen des anderen. Die Staatsverschuldung bietet den privaten Sektoren der Volkswirtschaft breite und (zumindest bisher) sichere Anlagemöglichkeiten." (DIW-Wochenbericht 50/2010, S. 6) (siehe dazu auch: "Systemische Verknüpfung von Banken und Zentralstaat" – www.isw-muenchen.de/download/banken-staat-fs-20110801.html – und Fred Schmid: *Schulden&Sühne – Thesen zur Schuldenkrise des globalen Kapitalismus*; www.isw-muenchen.de/download/schuld-suehne-fs-201107.pdf). In seiner Untersuchung zu "Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz" kommt Bach zu dem Ergebnis, dass zunehmende Staatsverschuldung und wachsende Geldvermögen miteinander korrespondieren. "Öffentliche Armut, privater Reichtum – diese Beschreibung passt auch auf die Entwicklungstrends von Staatsverschuldung und Staatsvermögen einerseits sowie Privatvermögen andererseits über die letzten Jahrzehnte in Deutschland. Während die privaten Vermögen beträchtlich gestiegen sind, wurde die staatliche Vermögenssubstanz zunehmend ausgezehrt." (ebenda, S. 8).

Denn die Geldaristokratie begnügt sich nicht mit dem Schuldendienst ihrer Untertanen. Gut 60 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr muss der deutsche Staat für seine gesamten Schulden an Finanzinstitute und Geldbürger bezahlen; fast 1000 Euro für jeden erwachsenen Bundesbürger. Dabei profitiert Deutschland sogar noch vom Schuldenfiasko und downgrading der anderen Euro-Staaten. Die Flucht in "sichere" deutsche Staatsanleihen drückt deren Rendite; die Papiere rentieren derzeit mit gerade mal zwei Prozent. Müsste Deutschland seine Staatsanleihen mit einem Prozent mehr verzinsen, würden zusätzlich 20 Milliarden Euro an Zinszahlungen pro Jahr fällig.

Die Südländer der Eurozone wurden auf diese Weise durch das Wechselspiel von Banken, Großspekulanten und Rating-Agenturen erst richtig in die Schuldenfalle getrieben. Da sie die horrenden Schulden nicht mehr bedienen können, werden sie von der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission zu drastischen Spar- und Anpassungsprogrammen nach der Doktrin des Washington Konsens von 1990 gezwungen: Rigorose Haushaltsdisziplin und -einsparungen, Beschneidung des Öffentlichen Dienstes und öffentlicher Daseinsvorsorge, Kappung von Sozialleistungen und Renten, Lohnkürzungen und Erhöhung der Massensteuern. Zudem werden die Schuldnerländer zur Privatisierung öffentlichen Eigentums in neuen Dimensionen vergattert. "Alles muss raus!" Von der griechische Regierung wurde gefordert, Staatsvermögen im Wert von 50 Milliarden Euro zu privatisieren. Auf Deutschland hochgerechnet wären das fast 500 Milliarden Euro. Eine gigantische Enteignung des Volkes und Vermögensumverteilung an die Reichen.

1,27 Billionen an Staatsanleihen müssen in diesem Jahr in Europa refinanziert werden; dazu eine weitere Billion an Unternehmens- und Bankanleihen. Mit dem Downgrading von neun Eurostaaten zu Beginn des Jahres haben die Rating-Agenturen das Kredit-Revolving für die Staaten verteuert und für die Investoren lukrativer gemacht. Jedes Zinsprozent, das über dem zu refinanzierenden Kreditbedarf liegt, bedeutet in diesem Fall ein Mehr von 12,7 Milliarden Euro. Das macht es für die europäischen Regierungen immer schwieriger, sich aus der Zinsfalle zu befreien; sie bleiben die Geiseln der Finanzmärkte.

Bleiben eigentlich nur noch zwei Ressourcen, um die Lehens-Forderungen des Geldadels zu befriedigen

- Die Verpfändung künftiger Steuereinnahmen. Die Forderung Merkozys nach Errichtung eines griechischen Sonderkontos, das vorrangig bedient werden und ausschließlich der Schuldentilgung dienen soll, geht in diese Richtung. (vgl. FAZ, 7.2.12)

- Die Enteignung der Kleinvermögen der Masse der Bürger durch Inflation. Eine solche "kalte Enteignung" findet bei den Sparguthaben der kleinen Leute bereits statt. Die meisten Bankeinlagen verzinsen heute mit einem Satz, der unter der Inflationsrate von 2,3 % (2011) (USA 3,3 %) liegt; die Realzinsen sind also negativ. Es mehren sich die Stimmen, die einer systematischen Weginflationierung der Staatsschulden das Wort reden. Dazu gehört das letzte Aufgebot der Keynesianer, aber auch der neoliberalen Chef-Ökonom der Deutschen Bank, Thomas Mayer, vor allem aber Ökonomen aus den USA und Großbritannien, wie der Harvard- und frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff. "Um den Schuldenabbau zu unterstützen, bräuchte es über mehrere Jahre hinweg eine Inflation von vier bis sechs Prozent", sagte er der französischen Tageszeitung Liberation. Es solle ja nicht gleich "eine Hyperinflation herbeigeführt werden", aber nur in Kombination von "moderater Inflation" und wirtschaftlichem Wachstum könnten die

Schulden abgetragen werden. Die sozialen Folgen wären verheerend. Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, in einem Interview mit der FAZ (7.8.11): "Ich sage schon länger, dass man letztlich die Schuldenlast durch einen mäßigen Anstieg der Inflation – sagen wir mal so auf fünf Prozent global abtragen wird". Im Klartext bedeutet diese Aussage, dass die systematische und schleichende Enteignung der kleinen Sparer und Ansparer auf Kapital-Lebensversicherungen und kapitalgedeckte Zusatzrenten nicht nur hingenommen, sondern sogar angestrebt wird. Denn diese müssen sich derzeit mit 0,5 % (Sparbücher) bis maximal drei Prozent Zinsen zufrieden geben, was dann bei einer Inflationsrate von fünf Prozent eine jährliche Entwertung ihrer Sparguthaben zwischen 4,5 und 2 Prozent bedeuten würde. Noch stärker müssten die Rentner und Hartz-IV-Empfänger bluten, denn eine jährliche Erhöhung ihrer Bezüge im Umfang einer solchen Inflationsrate ist nicht im entferntesten zu erwarten. Auch die Beschäftigten hätten noch größere Reallohnverluste als bisher hinzunehmen, denn die Lohnerhöhungen bewegen sich in einer Größenordnung von ebenfalls zwei bis drei Prozent. Die Reichen und Superreichen aber hätten keine Substanzverluste bei ihren Vermögen zu befürchten, allenfalls eine langsamere Aufschätzung ihres Reichtums. Soweit sie Geld-Millionäre oder gar -Multimillionäre sind, erzielt ihr Geldschatz durch das professionelle Vermögensmanagement Zuwächse von über fünf Prozent. Zum großen Teil haben sie ihr Vermögen zudem in Aktien und Sachwerten, insbesondere Immobilien, angelegt, deren Wertsteigerungen den Inflationsraten in der Regel noch vorausseilen.

Es führt kein Weg daran vorbei: Eine soziale Bereinigung der Schuldenkrise ist nur durch einen entsprechenden Vermögensschnitt bei den Reichen und Superreichen zu haben.

Vom Sparen

*Eine uralte Art des Sparens
ist das Sparschwein*

*Von den Sparschweinen
kommt vielleicht das Wort Sparschweineieren*

*Denn es muss oft gespart werden
für eine Schweinerei*

*Auf die werden dann
die Ersparnisse verwendet*

*Je tödlicher die Schweinerei
desto lebhafter muss gespart sein*

*Je mörderischer
desto mörderischer das Sparen*

*Für jede Rakete zum Beispiel
muss sehr viel gespart sein*

*Da muss man jetzt sparen
damit einem dann nichts erspart bleibt*

*Wenn die Rechnung oben nicht stimmt
heißt es unten Sparen*

*Denn die Sparschweineieren
werden fast immer verfügt*

*von fetten Schweinen
auf Kosten der armen Schweine*

Erich Fried

Literaturverzeichnis

- Allianz = Allianz Global Wealth Report 2011
- Bach = Bach, Stefan: Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum, DIW-Wochenbericht, 50/2010
- BCG = BCG-Report: Shaping a New Tomorrow, The Boston Consulting Group, 2011
- Capgemini = Capgemini/Merrill Lynch, World Wealth Report 2011
- Credit Suisse = Credit Suisse Research Institute, Global Wealth Report 2011
- DIW Wochenbericht = DIW-Wochenbericht 4/2009, Joachim R. Frick/Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland
- ETH-Studie = Vitali, Stefania/Glatfelder, James B./Battiston, Stefano: The network of global corporate control, ETH Zürich 2011
- isw-report 75 = Garnreiter/Mayer/Schmid/Schuhler, Finanzkapital, 2008
- isw-report 87 = ABC der Schulden- & Finanzkrise, 2011
- isw-Wirtschaftsinfo 44 = Fred Schmid/Conrad Schuhler, Bilanz 2010 – Ausblick 2011
- isw-Wirtschaftsinfo 45 = Fred Schmid/Conrad Schuhler, Globaler Kapitalismus: Jetzt der große Knall und was dann?, 2011
- McKinsey = McKinsey Global Institute: Debt and deleveraging: Uneven progress on the path to growth, 2012
- Landefeld = Beate Landefeld, Zur Struktur der herrschenden Klasse, Marxistische Blätter, 6/2011
- Neckel = Sighard Neckel, Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, WestEnd – Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 1/2011
- Schäfer = Claus Schäfer, "No Representation without Taxation" – WSI-Verteilungsbericht 2011, WSI-Mitteilungen 12/2011
- Schuhler = Conrad Schuhler, Das Euro-Debakel – was wird aus Europa? www.isw-muenchen.de/download/euro-debakel-cs-20120110.pdf
- Valluga = Valluga – Amadeus Consulting: D.A.CH-Vermögensreport 2011

Abkürzungen

- FTD = Financial Times Deutschland
- HB = Handelsblatt
- SZ = Süddeutsche Zeitung
- WiWo = Wirtschaftswoche



Neu bei isw

Untersuchung der Welt-Einkommensverteilung:

In den Nationen immer ungleicher. Schwellenländer holen auf

isw-report 88
März 2012
3,00 EUR + Versand

Das weltweite Einkommen steigt – seit 1980 ist es statistisch um das Zweieinhalbfache angestiegen – und dennoch schafft es eine riesige Zahl von Menschen nicht, am wachsenden Wohlstand auch nur in einem bescheidenen Maß teilzuhaben. Die Gini-Werte, mit denen die Distanz zu einer Gesellschaft mit gleichmäßiger Einkommensverteilung gemessen wird, werden in fast allen Nationen größer. Der Autor Franz Garnreiter hat die nationalen Einkommensverteilungen (Verteilung innerhalb der einzelnen Länder), die internationale Einkommensverteilung (Verteilung zwischen den Ländern) und die Globale Einkommensverteilung (Verteilung auf die Weltbevölkerung) untersucht. Ergebnis: Eine Welt voll Ungleichheit, Risiken, Elend und maßloser Kapitalmacht. An einem Rechenbeispiel wird nachgewiesen: "Der Reichtum in der Welt, die Masse an produzierten Gütern und Dienstleistungen, würde gut ausreichen, um Milliarden Menschen wenigstens aus dem bittersten Elend zu befreien, in das sie die kapitalistische Weltwirtschaft zwingt."



Von Aktie über Derivate und Rettungsfonds bis Zahlungsausfall und Zocken

isw-report 87
Dezember 2011
4,00 EUR + Versand

Seit Jahren folgt eine Krise auf die andere. Von der Immobilien- zur Bankenkrise, von der Wirtschafts- zur Krise der Schuldnerländer und der Staatsfinanzen, von der Euro- zur Bankenkrise und wieder zurück. Und ständig prasseln neue Begriffe auf das Publikum, das spürt, es geht um seine Zukunft, dem es aber schwer gemacht wird, die Vorgänge auch nur halbwegs zu begreifen. Was gestern noch subprime-Kredite waren, sind heute schon Credit Default Swaps und andere Derivate, sind Leerverkäufe und Bonds, Kernkapitalquoten und Basel III, Haircut und EFSF. Das isw legt mit seinem "ABC der Schulden und Finanzkrise" eine Entschlüsselung von über 70 der meistgebrauchten und wichtigsten Stichworte zur Entscheidungsphase der Finanzkrise vor – von Aktie über Derivate und Rettungsfonds bis Zahlungsausfall und Zocken.

isw-report ISSN 1614-9289

- report 73: **Klima-Killer Konzerne** Wie Konzerne und Marktwirtschaft das Klima kaputt machen (April 2008) Sonderpreis 2,00 EUR + Vers.
- report 74: **Neoliberalismus, Demokratieabbau, Neofaschismus** Doku des 16. isw-forums (Juni 2008) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- report 76: **Krise. Rezession. Absturz. – Wege aus der Krise** (April 2009) Sonderpreis 2,00 EUR + Versand
- report 78: **Die Große Krise und die Lähmung der Gewerkschaften** (September 2009) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- report 79: **Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung** (Januar 2010) 3,50 EUR + Versand
- report 81: **Besser – kürzer – arbeiten.** Die Große Krise und die Zukunft der Arbeit (Doku 18. isw-forum) Juli 2010 / 3,00 EUR + Versand
- report 82: **Die Mär von der Zähmung der Finanzmärkte.** Der Countdown zur nächsten Krise läuft (November 2010) 3,50 EUR + Versand
- report 83/84: **China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht** (Dezember 2010) 5,00 EUR + Versand
- report 85: **Scheitern EURO und EU?** Doku des 19. isw-forums (Juni 2011) 3,00 EUR + Versand
- report 86: **Die arabischen Revolten und der Westen** (Sept. 2011) Sonderpreis: 1,00 EUR + Versand
- report 87: **ABC der Schulden- und Finanzkrise** (Dezember 2011) 4,00 EUR + Versand
- report 88: **Welt-Einkommensverteilung.** In den Nationen immer ungleicher. Schwellenländer holen auf (März 2012) 3,00 EUR + Versand
- report 89: **Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus. Doku des 20. isw-forums** (Juni 2012) 2,50 EUR + Versand
- report 90: **Euro-Zone: Inkassobüro für die Banken? Zerbricht der Euro? Kraft für ein soziales Europa?** (Sept. 2012) 3,00 EUR + V.
- report 91: **Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System?** (Dez. 2012) 3,50 EUR + Versand
- report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 3,50 EUR
- report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 2,50 EUR
- report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 3,50 EUR
- report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR
- report 96: **Widerstand – Kapitalismus oder Demokratie** (März 2014) 3,50 Euro + Versand
- report 97: **Wirtschafts-Nato TTIP – STOP!** (Juli 2014) 3,50 Euro + Versand
- report 98: **Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?** Beiträge des 22. isw-forums (Sept. 2014) 3,00 EUR

isw-spezial ISSN 1614-9270

- Nr. 20: **Die Entwicklungsländer im System von WTO u. IWF** (April 2007) 4 EUR + Versand
- Nr. 21: **Mit Hochgeschwindigkeit aufs falsche Gleis** Bahnprivatisierung (Sept. '07) Mithrsg: Bündnis Bahn für Alle 1,00 EUR + Versand
- Nr. 23: **Wendejahre in Osteuropa** Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise (November 2009) 1,00 EUR + Versand
- Nr. 24: Für die Krise zahlen? Nein! **Wie die Linke in Europa gegen die Sparprogramme mobil macht** (Sept. 2010) 1,00 EUR + Versand
- Nr. 25: **Arbeitskämpfe in China.** Chinas Gewerkschaften in der Transformation (Dezember 2011) 4,50 EUR + Versand
- Nr. 26: **Die Herren des Geldes – Reichtum und Macht des 1 %** (März 2012) 2,50 EUR + Versand
- Nr. 27: **Wettbewerb schadet der Gesundheit.** Eine Analyse der Gesundheitspolitik in Deutschland (Juni 2013) 3,00 EUR + Versand

isw-wirtschaftsinfo ISSN 1614-9262

- Nr. 48: **Bilanz 2013 – Ausblick 2014** zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in **Deutschland u. Euro-Zone** (April 2013) 4,00 EUR + V.
- **CD:** alle Grafiken aus wirtschaftsinfo 48 (Powerpoint) 5,00 EUR + Versand

isw-forschungshefte ISSN 1614-9254

- Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschafts-ideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand

isw-Grafik-Report ISSN 1867-7363

- Nr. 12: **NATO. Rüstung. Krieg.** (Januar 2009) Sonderpreis 3,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe
www.isw-muenchen.de

Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"

ab isw-report 96 / 97 / 98 / 99
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab(Monat/Jahr)
mit einer monatlichen Spende von EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

Ich zahle nach Rechnungstellung
 Ich zahle per Dauerauftrag
 Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab

Die Abbuchung soll erfolgen: vierteljährlich halbjährlich jährlich

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entschieden haben, schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer sowie den Abbuchungstermin.



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

www.isw-muenchen.de

ISSN: 1614-9270